

## **Vorrede retrospektive**

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer meiner Abschiedsvorlesung,

werte Kolleginnen und Kollegen,

geschätzte Kommilitoninnen und Kommilitonen,

liebe Freundinnen und Freunde,

wie bereits angekündigt, präsentiere ich Ihnen nun die schriftlich ausgearbeitete und in Maßen aktualisierte Fassung meiner Ausführungen. Vorab möchte ich mich noch einmal bedanken, dass Sie alle meiner Einladung gefolgt sind – gleich ob in Präsenz oder im World Wide Web. Insgesamt haben über tausend Menschen teilgenommen. Damit hatte ich nun wirklich nicht gerechnet. Müßig zu betonen, dass mich das noch immer außerordentlich freut! Ich verbinde meine Freude mit einer erneuten Entschuldigung bei all jenen, die im Trubel der Vorbereitung nicht mit einer Einladung bedacht wurden. Wir alle, Mitarbeitende und Sekretariat eingeschlossen, waren damals überfordert – nicht nur organisatorisch, sondern auch menschlich und emotional, denn für die gesamte Gruppe waren Veranstaltung und Abschiedsrede eine Zäsur. Auch möchte ich Ihnen noch einmal versichern: Sie alle sind mir gleich wichtig – und zwar unabhängig davon, welche gesellschaftliche Position Sie innehaben und wie sie sich politisch verorten! Die Vielfalt der Teilnehmenden, so war mir schon zum Zeitpunkt der Vorlesung bewusst, würde dazu führen, dass ich mich didaktisch wie inhaltlich zwischen alle Stühle setze. Den einen bin ich vermutlich auch in der schriftlichen Fassung zu wissenschaftlich, den anderen zu politisch. Manche werden meinem praxisfernen Utopismus mit einem inneren Kopfschütteln begegnen, andere hingegen am revolutionären Elan eines Kathedersozialisten zweifeln. Doch die Abschiedsrede war und ist nicht darauf angelegt, Anstößiges zu vermeiden.

Dass Ihnen die schriftliche Langfassung ein Jahr nach dem eigentlichen Event zugeht, hat mehrere Gründe. Krankheiten, diverse Todesfälle in der Familie und die Beendigung meiner Dienstzeit an der FSU Jena erst zum 31. März 2025 haben viel Zeit und Kraft gekostet. Der Hauptgrund für die zögerliche Bearbeitung ist jedoch, dass es mir sehr schwergefallen ist, mich erneut an den Text zu setzen. Die Veranstaltung hat mich sehr berührt, aber es war eben auch ein Ende, das ich erst einmal verarbeiten musste. Mit zeitlichem Abstand ist es mir deutlich leichter gefallen, den Text zu bearbeiten. Die zeitliche Verzögerung birgt aber auch einen Vorteil. Vieles, was sich im Juni 2024 erst andeutete, hat sich mittlerweile klarer ausgeprägt – im Schlechten wie im Guten. Einerseits hat der politische Rechtsruck national wie international weiter Fahrt aufgenommen. Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und der Aufstieg der rechtsradikalen Alternative für Deutschland zur stärksten Oppositionspartei im Land sprechen für sich. Andererseits signalisiert das erstaunliche Wiederstarken der Partei Die Linke, dass die Chance zu einer Erneuerung emanzipatorischer Politik von noch immer gegeben ist.

Ich habe den Text der Abschiedsrede nur in Maßen aktualisiert, jedoch eine Nachbemerkung hinzugefügt, die Ihnen in einer separaten Datei zugeht. Ihr Gegenstand ist „Die Linke im Aufwind“. Reflektiert werden Entwicklungen, die mir neue Energie gegeben haben, um mich noch einmal mit der Frage „What’s left?“ zu befassen. Selbstverständlich ist weder die gesellschaftliche noch die politische Linke in der Bundesrepublik mit der Linkspartei identisch. Ich habe die Synthese aus zwei Artikeln, die in der Zeitschrift Sozialismus erschienen sind, dennoch beigelegt, weil sie einiges von dem in neuem Licht erscheinen lassen, was für das Thema der Abschiedsrede bedeutsam ist. Es gibt auch einen direkten Bezug. Auf Einladung der damaligen Parteivorsitzenden Janine

Wissler, die an der Abschiedsvorlesung teilgenommen hatte, durfte ich die inhaltliche Essenz von „What’s left“ im Rahmen einer Parteivorstandssitzung von Die Linke vortragen. Ohne Erfolg, wie mir damals schien.

Der retrospektiven Vorrede möchte ich eine persönliche Bemerkung hinzufügen. Mit Beginn meines Ruhestandes hat meine „Innenministerin“ Rebecca Sequeira ihre Tätigkeit am Institut für Soziologie der FSU Jena ebenfalls beendet. Sie wird sich beruflich neu orientieren. Der große Beifall, der ihr im Anschluss an meine Rede zuteilwurde, hat öffentlich gemacht, welch großartige Arbeit sie während der vergangenen zehn Jahre geleistet hat. Zum Schluss kommt nun aber noch eine sehr erfreuliche Nachricht. Die FSU hat die Professur für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie mit einer leicht veränderten Denomination wiederbesetzt. Prof. Dr. Stefan Schmalz folgt mir nach – eine sehr gute Wahl, die mich außerordentlich freut!

Bleibt noch zu erwähnen, dass ich zum 1. April 2025 eine Gastprofessur für sozial-ökologische Nachhaltigkeitskonflikte an der Universität Kassel angetreten habe. Es ist wunderbar, in meiner alten Heimat noch einmal mit etwas Neuem beginnen zu können. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen vom Kassel Institute for Sustainability, den Verantwortlichen am Fachbereich Humanwissenschaften und dem Präsidium der Universität Kassel, für diese Möglichkeit. In Kassel können Sie mich unter folgender E-Mail-Adresse erreichen: [klaus.doerre@uni-kassel.de](mailto:klaus.doerre@uni-kassel.de). Die Jenaer E-Mail-Adresse bleibt aber für die nächsten Jahre ebenfalls bestehen: [klaus.doerre@uni-jena.de](mailto:klaus.doerre@uni-jena.de). In dringenden Fällen bin ich im Kassel Institute for Sustainability über Frau Rima Schmauch am besten an den Montagen oder Dienstagen unter der Nummer 0561 804-7548 zu erreichen. Ab August 2025 bin ich auch wieder über ein Jenaer Büro zu erreichen. Ich freue mich, von Ihnen zu hören! Übrigens: Der Text der Abschiedsvorlesung wird in einer deutlich erweiterten Fassung als Buch im Wagenbach-Verlag erscheinen.



Klaus Dörre, Jena, 9. Juni 2025

PS: Wie versprochen ist dies die vorletzte Mitteilung, die wir über den Verteiler der Abschiedsvorlesung versenden. Mit Erscheinen des Buchs geht Ihnen der Flyer zu. Anschließend wird die Adressensammlung nicht mehr genutzt.



*Nach der Abschiedsrede. Foto: Witich Roßmann*

# What's Left?

## Eine (nicht nur) akademische Abschiedsrede

Klaus Dörre<sup>1</sup>

Dass ich für meine Abschiedsrede ein ungewöhnliches Thema gewählt habe, hängt mit aktuellen Entwicklungen zusammen. Bei den Wahlen zum Europaparlament 2024 hat eine Partei, die als gesichert rechtsextrem gilt, in Thüringen mehr als 30 Prozent der Stimmen gewonnen und ist mit Abstand zur stärksten Kraft geworden. Die rot-rot-grüne Regierungskoalition erreichten gemeinsam wenig mehr als 18 Prozent. Und was hinzukommt: Bundesweit haben 33 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter AfD gewählt. Dieser Trend hat sich bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 noch verstärkt. In der Arbeiterschaft wurde die AfD mit 38 Prozent zur stärksten Partei. Ihr Anteil an den Arbeiterstimmen ist auf Bundesebene seit 2013 kontinuierlich gestiegen, während die Mitte-links und Mitte-rechts-Parteien in dieser sozialen Großgruppe kontinuierlich verloren haben.<sup>2</sup> Selbst unter gewerkschaftlich Aktiven gibt es nicht wenige, die diese Partei für die einzig noch wählbare halten. Anton, ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann, den wir bei Opel Eisenach befragt haben, ist einer von ihnen:

„Also ich bin der Ansicht, es gibt nur noch eine Partei in Deutschland, die wirklich wählbar ist und das ist die AfD. Und was immer so gesagt wird, dass die AfD die Rechtsextremen, die Nazis sind. Das ist Blödsinn. Das ist einfach nur Propaganda. Und blöde Sprüche von den anderen Parteien, weil die AfD einfach den Finger in die Wunde legt. Sie sprechen die kritischen Themen offen an, die nehmen da kein Blatt vor dem Mund und die sind halt noch auf der Seite des Volkes. [...] Und weil den anderen Parteien das halt nicht passt, wollen sie die los werden. Mag vielleicht sein, dass es den einen oder anderen gibt, der da so eine ziemlich rechte Gesinnung hat. Aber im Großen und Ganzen ist es eine demokratisch gewählte Partei und wir haben einen Verfassungsschutz, der zwar jetzt ein bisschen schwierig ist. Aber ich gucke mir auch oft mal Dinge an, wo der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen auch mal seine Meinung sagt. Es ist halt so, dass es viele so sehen: Es läuft gewaltig was schief in unserer Politik. Und ja die Nazikeule, die ja die AfD so niedermachen, das hat bisher gut funktioniert. Ich habe mir von vielen Kollegen angehört: Ah, die AfD, also das sind dann schon die Rechten, die kann man nicht wählen, das sind so die Sprüche. Da sind Leute, die sind schon gut gehirngewaschen von den Medien, weil, wenn man mal überlegt, speziell die Flüchtlingswelle. Das hat die AfD kritisiert. Aber dieselben Sprüche: ‚Keine Einwanderung in unser Sozialsystem, Massenmigration beenden‘ und so weiter. Das sind genau diese Sprüche, die Angela Merkel in den 1990er-Jahren selber gesprochen hat. Damit hat die damals Wahlkampf gemacht. Und die AfDler werden als Rechte dafür tituliert, da stimmt was nicht!“ (Arbeiter Fertigmontage, Opel Eisenach).<sup>3</sup>

So wie Anton denken viele.<sup>4</sup> Für sie ist die AfD eine demokratische Partei, denn sie ist nicht verboten. Die „Nazikeule“ wird demnach von den Altparteien nur benutzt, um eine lästige politische Konkurrenz auszuschalten. Enthüllungen zu geplanten Deportationen und die durch sie ausgelöste Massenmobilisierung mit nahezu vier Millionen Menschen haben an solchen Ansichten kaum etwas geändert. Die Wahlerfolge einer Partei, die selbst Marine Le Pen zu rechts ist, führen zu der Frage, die ich heute behandeln möchte. Wenn die extreme Rechte auf dem Vormarsch ist und ihre Weltansichten „normal“<sup>5</sup> werden, was ist dann eigentlich links? Wie ist eine gesellschaftliche, eine politische Linke zu bewerten, die sich – bisher jedenfalls – als unfähig erwiesen hat, den Rechtsruck zu stoppen? Noch grundlegender: Was bedeutet es heute, links zu sein? Kurz: „What's left?“

## I. Vom Zweifel

Sollten einige der hier Versammelten erwarten, dass ich diese Fragen sogleich in einer Weise beantworte, die der Linken eine strahlende Zukunft prophezeit, muss ich sie enttäuschen. Ich wäre mir selbst gegenüber unehrlich. Stattdessen beginne ich mit einer Grundhaltung – der des Zweifels. Als sich der italienische Politikwissenschaftler Norberto Bobbio vor drei Jahrzehnten bemühte, die Frage „What’s Left?“ neu zu beantworten, notierte er: „Die Linke und ihre Zweifel ist ein Thema, das eigens für mich gemacht scheint, denn Zweifel habe ich viele und nicht nur an den Linken. Angesichts meines Alters und über meine Vergangenheit nachdenkend, habe ich die heftigsten Zweifel vor allem an mir selbst.“<sup>6</sup>

Auf die Gegenwart gemünzt, könnte ich diese Zeilen selbst geschrieben haben, denn tatsächlich zweifle ich an meiner wissenschaftlichen Arbeit, meinem gesellschaftlichen Engagement und damit letztlich auch an mir selbst. Meine Tätigkeit als Forscher und Hochschullehrer habe ich über Jahre hinweg im Sinne einer öffentlichen Soziologie<sup>7</sup> betrieben. Selbstverständlich folgen die empirischen Forschungen unseres Arbeitsbereichs dem wissenschaftlichen Neutralitätsgebot und werden ergebnisoffen betrieben. Kritisch sind sie insofern, als sie alltägliche Weltansichten von Befragten und die in ihnen angelegten Maßstäbe für Ungerechtigkeitsempfinden zutage fördern. Solche Alltagsphilosophien sind die eigentliche Grundlage emanzipatorischer Gesellschaftskritik. Denn eine Soziologie, die abgelöst von alltäglichen Sorgen und Nöten beherrschter Klassen betrieben würde, wäre „eine leere, sinnlose Beschäftigung“<sup>8</sup>.

Um eingeordnet und bewertet werden zu können, müssen empirische Befunde, die sich nur auf gesellschaftliche Teilbereiche beziehen können, jedoch in theoretisch konstruierte gesellschaftliche Ordnungen eingebettet werden.<sup>9</sup> In die Wahl solcher Modelle fließen unweigerlich normative Vorentscheidungen ein, die so gut wie möglich offengelegt werden müssen. Das Spannungsverhältnis zwischen empirisch-deskriptiver und theoretisch konstruierter Perspektive zwingt zu Kompromissen, lässt sich letztendlich aber nicht vollständig auflösen. Deshalb muss die Chance zu sozialwissenschaftlichen Entdeckungen dieser Spannung stets aufs Neue „abgerungen“<sup>10</sup> werden. Zweifel kann so zu einer wissenschaftlichen Produktivkraft werden. Soziologie beginnt geradezu „bei dem Zweifel, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich von Natur aus so ergeben haben“<sup>11</sup>.

Zweifel produktiv zu bearbeiten, bedeutet, nach den Gründen zu fragen, die für die heutige Großwetterlage verantwortlich zeichnen. Die existentielle Krise der Linken in all ihrer Schattierung und der Aufstieg eines neuen Autoritarismus<sup>12</sup> sind nicht naturgegeben. Sie haben Ursachen. Einige davon möchte ich behandeln. Nach dem Offenlegen des Zweifels (I.) wird das in mehreren Argumentationsschritten geschehen, die jeweils mit einer These verbunden sind. Zunächst geht es um wechselnde Bedeutungen und Funktionen der Links-Rechts-Unterscheidung (II.). Die Frage, ob diese Unterscheidung für Gegenwartsgesellschaften überhaupt noch relevant ist, wird im nächsten Schritt behandelt (III.). Es folgt ein Blick auf das Spannungsverhältnis von Utopie und Macht, das linke Politik seit jeher auszeichnet (IV.) sowie ein Versuch, die Rechts-Links-Unterscheidung für das 21. Jahrhundert neu zu definieren (V.). Abschließend werden einige Anregungen für eine rebellische Intellektualität im universitären Raum präsentiert (VI.), die in ein Nachwort aus aktuellem Anlass übergehen. Diese Nachbemerkung füge ich in einer separaten Datei hinzu.

## II. Die Rechts-Links-Unterscheidung und ihre Bedeutungen

Gegenwärtig befinden wir uns, so meine *erste These*, am Ende eines politischen, eines Protest- und Kampfzyklusses, dessen Auslaufen bedingt, dass die Begriffe Rechts und Links neu zu definieren sind. Vergleichbare Wendepunkte hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. Was politisch links, was rechts ist, steht niemals endgültig fest. Das Links-Rechts-Schema „ist aufnahmefähig für unterschiedliche und sogar gegensätzliche Positionen – und doch nützlich, um im Handgemenge Flagge zu zeigen“<sup>13</sup>. Ursprünglich kommt die Rechts-Links-Unterscheidung mit der französischen Revolution zu Welt. Anhänger der Monarchie bestanden darauf, wie Christus, der sich zur Rechten Gottes platzierte, zur Rechten des Monarchen zu sitzen. Links mussten die Gegner der Monarchie Plätze nehmen. In der französischen Nationalversammlung setzte sich diese Sitzordnung fort. Die Linke saß gewissermaßen von Beginn an am Katzentisch der Herrschenden. Dort repräsentierte sie zunächst Liberalismus, Aufklärung und die Ablehnung einer Herrschaftsordnung, die sich auf das Gottesgnadentum berief.

Im Rahmen einer Abschiedsrede ist es unmöglich, die Begriffsgeschichte von Links und Rechts auch nur annähernd nachzuvollziehen. So viel sei aber erwähnt. In Jena fand der revolutionäre Geist der Aufklärung Widerhall bei jenen „fabelhaften Rebellen“, die einen für die damalige Zeit außergewöhnlichen universitären Freiraum zu nutzen wussten:

„Zwar hatte das Essen in den Jenaer Gasthäusern den Ruf, ungenießbar zu sein, doch die Studenten wussten, dass ihr Geist mit feinsten Kost gespeist wurde. [...] Dann, spät in der Nacht, wenn leere Bierkrüge die groben Holztische in den zahlreichen Wirtshäusern der Stadt füllten, diskutierten Studenten über Kunst, Philosophie und Literatur. Nach acht oder neun Flasche Bier [...] torkelten die aufgekratzten jungen Männer nach Hause, wachten frühmorgens mit schmerzenden Kopf auf und eilten in die Hörsäle [...], um von ihren jungen und radikalen Professoren zu lernen“, schreibt Andrea Wulf in ihrem großartigen Buch über die frühen Romantiker.<sup>14</sup>

Sieht man vom Ausschluss alles Nichtmännlichen ab, so ist das ein wunderbares Beispiel für eine wissenschaftliche Öffentlichkeit, in der die – damals eher implizite – Unterscheidung von Links und Rechts in einer Weise Funken schlug, die weit über Jena hinaus ausstrahlte und einigen Romantikern zu Berühmtheit verhalf. Seit dieser Zeit haben sich die Bedeutungen der begrifflichen Dyade stetig gewandelt. Im letzten Drittel des 19. und während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Links-Rechts-Differenz zum Synonym für Kräfte, Dynamiken und Gegenbewegungen, die ein expansiver Markt- und Industriekapitalismus hervorbrachte. Zweierlei Dialektik, so der schwedische Sozialwissenschaftler Göran Therborn, habe das 20. Jahrhundert geprägt. Sie habe oppositionelle Kräfte hervorgebracht, die beherrschte und ausgebeutete Klassen selbst dann stärkten, wenn diese Gegenkräfte systemimmanent geblieben seien. Links stand während dieser Epoche für Arbeiterbewegungen mit sozialdemokratischem, sozialistischem, kommunistischem oder anarchistischem Selbstverständnis, die sich zuerst in den frühindustrialisierten Ländern herausbildeten. Antikoloniale, antiimperialistische Bewegungen, die, wie man heute sagt, in den Ländern des Globalen Südens agierten, repräsentierten die zweite Gegenkraft.<sup>15</sup>

Links zu sein war somit weit mehr als eine politische Differenz im parlamentarischen System. Links zu sein hieß, sich kritisch-oppositionell zu einem kapitalistischen Gesellschaftssystem zu verhalten, das auf dem Zwang zu fortwährender Kapitalakkumulation und Marktexpansion beruhte. Zeitgleich lieferte das Links-Rechts-Schema Kriterien für die Binnendifferenzierungen innerhalb der Linken. Reformistische Strömungen im linken Lager galten den Repräsentanten revolutionären Strömungen als rechts. In kommunistischen Parteien, die sich im Besitz eines wissenschaftlichen Kompasses wähnten, der notwendig zum Sozialismus führen musste, gab es beständig Links- und Rechtsabweichler – eine Unterscheidung, die in Zeiten stalinistischer Herrschaft

lebensgefährlich sein konnte. Umgekehrt erscheinen Linken, die sich mit dem Kapitalismus ausgesöhnt haben, alle Kräfte, die auf Systemtransformation beharren, bis heute als weltfern und im schlechten Sinne utopisch. Jürgen Habermas hat das aus Sicht seiner Frankfurter Kritischen Theorie jüngst noch einmal sehr deutlich gemacht:

„Trotz der Ernüchterung von allen politisch weitreichenden Zielsetzungen haben wir eben auch gelernt [...], dass sich die Rekonstruktion der vom Krieg zerstörten Gesellschaften in den kapitalistischen Demokratien unter Bedingungen der Systemkonkurrenz mit dem Aufbau eines Sozialstaates verbinden konnte. Sodann hat uns das Ende des Kalten Krieges darüber belehrt, dass ein Kapitalismus, der sich weltweit durchgesetzt hat, nicht mehr im Marx'schen Sinne zu revolutionieren ist. Vielmehr können seine destruktiven Kräfte nur noch von innen gezähmt werden. Beide Erfahrungen haben aus den steilen marxistischen Geschichtsphilosophien des 20. Jahrhunderts die Luft herausgelassen – nicht nur aus der geistlosen Dogmatik des Sowjetmarxismus, sondern auch aus den inspirierenden Entwürfen positiver und negativer Utopien im Stile von Bloch und Benjamin.“<sup>16</sup>

Solch paradigmatische Setzungen zu überschreiten, kann ebenfalls wissenschaftlich wie politisch folgenreich sein.<sup>17</sup> Bedeutsamer ist aber etwas anderes. Utopieverzicht, wie er bei Habermas anklingt, macht, wie ich meine, die gesellschaftliche und politische Linke wehrlos und letztendlich überflüssig. Ich komme auf diesen Zusammenhang zurück. Vorerst mögen die wenigen Hinweise verdeutlichen, dass die Bedeutungen, mit der die Links-Rechts-Unterscheidungen inhaltlich gefüllt werden, jederzeit strittig sind. Sie unterliegen einem stetigen Wandel und sind Bestandteil des Ringens um kulturelle und politische Hegemonie. Umso erstaunlicher ist, dass sich das Begriffspaar Links-Rechts bis in die Gegenwart als axiales Deutungsschema politischer Ereignisketten gehalten hat. Gegenwärtig befinden wir uns wieder an einem historischen Wendepunkt, der danach verlangt, das Linkssein neu zu definieren. Solche Wegscheiden entstehen immer dann, wenn ein politischer, ein Protest- und Kampfzyklus ausläuft und ein neuer beginnt.<sup>18</sup>

Nun ist die Redeweise von politischen Zyklen erklärungsbedürftig, denn sie könnte eine soziale Mechanik suggerieren, die so nicht existiert. Wenn sich die alte Linke im Niedergang befindet, gibt es keine Gesetzmäßigkeit, die bewirken könnte, dass sie als neue Linke kraftvoll wieder aufersteht. Selbst große Krisen der Kapitalakkumulation müssen nicht dazu führen, dass die Linke stärker wird. In Deutschland ist historisch betrachtet eher das Gegenteil wahrscheinlich. Ich verdeutliche das an einem Beispiel: Zu Anfang der 1980er Jahre hatte der marxistische Ökonom Ernest Mandel einen Kausalzusammenhang von Zyklen des Klassenkampfes mit technologischen Revolutionen und langen Wellen der Konjunktur behauptet. Er knüpft dabei an politökonomische Konzepte an, wie sie u.a. von den Ökonomen Nikolai Kondratieff<sup>19</sup> und Joseph Schumpeter<sup>20</sup> begründet wurden. Lange Wellen der Kapitalakkumulation korrespondieren nach Mandel mit langen Zyklen des Klassenkampfes. Genauer: Sie sind die Bewegungsform eines „Aufstiegs und Abfalls des Kampfgeistes und der Radikalisierung der Arbeiterklasse“<sup>21</sup>, die sich „relativ unabhängig von langen Wellen und der verlangsamten Akkumulation“<sup>22</sup> ereignet.

Allerdings, so Mandel, sei zu erwarten, dass sich mit dem Auslaufen einer langen Welle der Kapitalakkumulation und der Erschöpfung zugrunde liegender Basistechnologien unweigerlich auch die Klassenkämpfe verschärften.<sup>23</sup> Diese vermeintliche Gesetzmäßigkeit im Hintergrund, gelangt der seinerzeit einflussreiche Politökonom zu der gewagten Prognose, dass es, Massenarbeitslosigkeit im Westen und Arbeitskräfteknappheit im Osten vorausgesetzt, an der Bundesrepublik läge, „eine Mauer zu bauen, um Millionen von Leuten an einer Flucht nach Ostdeutschland zu hindern.“<sup>24</sup> Bekanntlich ist es anders gekommen. Die Bundesrepublik hat die Massenarbeitslosigkeit überstanden und die Mauer wurde, als die Gelegenheit günstig war, unter Mithilfe unzufriedener DDR-Bürger zum Einsturz gebracht, von denen zuvor Tausende in den Westen geflüchtet waren.

Daraus lernen wir: Politik und politisches Handeln entfalten sich autonom.<sup>25</sup> Das heißt, die Kapitalakkumulation und ihre Krisen erzeugen einen Problemrohstoff, der politisch bearbeitet werden muss, aber sie determinieren politisches Handeln nicht – auch nicht in letzter Instanz. Dieses Erkenntnis war zumindest für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit der französischen Regulationstheorie befassten, schon einmal Commonsense ‚linker‘ Theoriedebatten. Sogenannte Gesetzmäßigkeit kapitalistischer Entwicklung werden demnach in einer „von sozialen Kräfteverhältnissen und Handlungen gesellschaftlicher Akteure bestimmten Weise zum Ausdruck“<sup>26</sup> gebracht. Deshalb gibt es keine allgemeine historische Tendenz, die zwangsläufig zum Ende des Kapitalismus führen muss. Sinnvoller als von Gesetzen im strengen Wortsinn zu sprechen ist deshalb, soziale Regelmäßigkeiten kapitalistischer Dynamik zu beobachten, die, zumal in Massendemokratien, immer politisch beeinflussbar sind.

Halten wir fest: Politische Kampf- und Protestzyklen, oder besser: Konfliktkonstellationen von längerer Dauer, sind Perioden, in denen sich Links-Rechts-Unterscheidungen beständig reproduzieren, weil sie immer wieder mit neuen Bedeutungen und Inhalten gefüllt werden. In jeder Phase handelt es sich um eine begriffliche Dyade, deren Pole antithetisch aufeinander bezogen sind. Rechts und links bezeichnen kein harmonisches Universum, in welchem die Elemente allmählich konvergieren. Die Unterscheidung ergibt sich aus der Interpretation divergierender, ja gegnerisch oder sogar einander feindlich gegenüberstehender Elemente<sup>27</sup>.

### **III. Exkurs: Jenseits von rechts und links?**

Bevor geklärt werden kann, was die Dyade in der Gegenwart beinhaltet, sei ein Einwand berücksichtigt, der so alt ist wie die begriffliche Dyade selbst. Das Links-Rechts-Schema sei überholt und untauglich, das politische Handgemenge zu verstehen, lautet eine regelmäßig wiederkehrende Kritik. Je nach historischer Konstellation wird die Behauptung politischer Irrelevanz mal von einer in die Defensive geratenen Rechten, mal aus Kreisen einer desillusionierten Linken vorgetragen. Häufig finden entsprechende Argumente eine wissenschaftliche Entsprechung. Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Begriffspaares, wie sie mit der Fortschrittskritik ökologischer Bewegungen aufkamen, hatte der Soziologe Ulrich Beck prominent begründet. Der ökologische Gesellschaftskonflikt, so Becks Hauptargument, füge sich nicht mehr in das klassische Raster von links und rechts. Weil der wissenschaftlich-technische Fortschritt im gesellschaftlichen Maßstab legitimations- und begründungspflichtig werde und Laien beständig Expertenwissen infrage stellten, verändere sich das politische Koordinatensystem. Überkommene Links-Rechts-Unterscheidungen würden brüchig. Während sich eine neue Rechte die Entfesselung der Marktkräfte und einen beschleunigten technischen Fortschritt auf ihre Fahnen schreibe, adaptiere eine ökologisch aufgeklärte Linke das konservative Bewahrungsmotiv und wendet es auf eine immer schon bearbeitete, vergesellschaftete Natur an.<sup>28</sup>

Während Beck die Möglichkeit einer Neudefinition des Wortpaares immerhin noch in Aussicht stellt, geht Armin Nassehi einen Schritt weiter. Der Systemtheoretiker vergleicht linke mit konservativen Wachstumskritiken<sup>29</sup>, um neben Unterschieden auch inhaltliche Schnittmengen festzustellen. Gemeinsam sei den Kritisierten aber, dass sie die eigentliche Problemformel moderner Gesellschaften verfehlten. Diese laute – Überraschung, Überraschung – „Komplexität“<sup>30</sup>. Nun sei keineswegs in Abrede gestellt, dass Nassehi im Rahmen des engen theoretischen Korsetts, das ihn gefangen hält, angemessen, ja, wie ihm Rezensenten bescheinigen<sup>31</sup>, geradezu brillant argumentiert. Für die Neuauflage des Komplexitäts-Arguments gilt jedoch heute uneingeschränkt, was

Norberto Bobbio ihm bereits 30 Jahre zuvor entgegenhielt: „Der Einwand trifft ins Schwarze, ist aber dennoch unerheblich.“<sup>32</sup>

Die antithetischen Pole ‚rechts‘ und ‚links‘ waren und sind niemals als starre Entgegensetzungen zu begreifen. Zwischen Schwarz und Weiß gibt es Grau. Politische Formationen können sich Mitte-links oder Mitte-rechts positionieren. Sie können einander bis zur Unkenntlichkeit ähneln und so ein eingeschlossenes Drittes bilden, das sich deutlich von den radikalen oder extremen Polen der Links-Rechts-Differenz unterscheidet. Die asymmetrische Demobilisierung einer Angela Merkel, die beabsichtigte, der Konkurrenz Mitte-links frühzeitig die Themen zu nehmen, steht für ein eingeschlossenes Drittes. Nassehi beschreibt das treffend als Schwierigkeit, in einem identitätsstiftenden Sinne konservativ zu sein. Von Annäherungen in der politischen Mitte unterscheiden sich Versuche, die Rechts-Links-Differenz mittels Querfrontbildung oder einer populistische Neukombination ‚rechter‘ und ‚linker‘ Inhalte zu überwinden. Aktuelle Beispiele für dieses ausgeschlossene Dritte sind das italienische Movimento 5 Stelle oder das Bündnis Sahra Wagenknecht mit seinem sozialkonservativen Politikentwurf. Das eingeschlossene wie das ausgeschlossene Dritte existieren aber nur, weil sie sich zum Kontinuum einer axialen Rechts-Links-Unterscheidung verhalten müssen.

Gegen die einebnende Kraft der Komplexitätsformel ließen sich zahlreiche empirische Belege ins Feld führen, die eine modifizierte, im Zusammenhang mit sozialstrukturellen Kriterien aber noch immer aussagekräftige Relevanz des Links-Rechts-Schemas belegen.<sup>33</sup> Bedeutsamer als empirische Studien sind jedoch politische Akteure, die eine andere Problemformel vorschlagen. Nicht die Komplexität, sondern eine Basisregel, die auch noch die Sorge um sich und andere einer sorglosen Profitlogik unterordne, sei das eigentliche gesellschaftliche Kernproblem, argumentieren Beat Ringger und Cédric Wermuth in ihrem Plädoyer für eine Service Public Revolution:

„Ein ganz zentrales Problem der heutigen ökonomischen Verhältnisse besteht nämlich gerade nicht darin, dass wir es mit zu viel Komplexität zu tun hätten. Im Gegenteil: Wir haben es mit den Folgen eines Wirtschaftssystems zu tun, das mit viel zu wenig Komplexität operiert. Unser Wirtschaftssystem ist von einer simplen, massiv unterkomplexen Arbeitsweise geprägt, die es wiederum der ganzen Gesellschaft überstülpt und gerade damit enorme Schäden anrichtet. Wir alle kennen diese Arbeitsweise. Ihr Rezept lautet: Nimm Geld und investiere es mit dem Ziel, daraus mehr Geld zu machen.“<sup>34</sup>

Diese Sichtweise entspricht meiner eigenen Position. Einen stichhaltigen Beweis für die ungebrochene Relevanz der antithetischen Dyade liefert Armin Nassehi jedoch selbst. In einen Briefwechsel mit dem neurechten Vordenker Götz Kubitschek trägt der Soziologe sein stärkstes Argument vor. Es gebe heute keinen Grund, „‚rechts‘ in einem starken Sinne zu sein“, denn es bestehe Konsens, so Nassehi an die Adresse Kubitscheks, „dass meist links geredet und rechts gelebt wird“<sup>35</sup>. Das Phänomen, links zu reden, aber rechts zu leben, kennen wir alle. Nassehis Aufforderung, vom Rechtssein abzulassen und sich mit der Selbstverortung im Nationalkonservatismus zufrieden zu geben, folgt Kubitschek erwartungsgemäß nicht. Er wolle rechts sein und auch rechts leben, kontert der Ideologe des Neuen Rechten kühl. Dem Soziologen hält er vor, dem Fetisch eines bindungslosen Individuums aufzusitzen. In seltener Offenheit erklärt Kubitschek, worauf er stattdessen setzt:

„[...] ich bin mir [...] sicher, dass in Zeiten der Not und des Mangels, der Bedrohung und der Verteidigung des Eigenen recht schnell entlang ethnischer, kultureller, auch staatsbürgerlicher Linien klar wird, wer ‚Wir‘ und wer ‚Nicht wir‘ sei.[...] Das bedeutet: Sollte es in der ein oder anderen Hinsicht weniger satt zugehen im Lande, wird sich die Loyalitätsfrage stellen, wenn es einfach um Sitte, Werte, Vorschriften geht, die der Islam (als eine auf den Alltag übergreifende Religion) für unhintergebar hält.“<sup>36</sup>

Knapp zehn Jahre später dürfte sich Kubitschek eingedenk dieses Briefwechsels genüsslich die Hände reiben, denn nationale Zugehörigkeit zu einem nach ethnischen Kriterien konstruierten

„Volkskörper“ ist zum Fokus affektiver politischer Mobilisierung geworden, von der die extreme Rechte profitiert. Migration ist das politische Thema Nummer eins, bei welchem der radikalen Rechten die größte Kompetenz zugeschrieben wird. Weil Einwanderung besonders in Regionen mit einem geringen Anteil an migrantischer Bevölkerung als Sicherheitsrisiko und verteilungspolitischer Ballast gedeutet wird, zählt sich das verbreitete Streben nach nationaler Zugehörigkeit für die radikale Rechte aus.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Meine Absicht ist nicht, den Briefwechsel zwischen einem Soziologen und dem neurechten Vordenker für moralisch verwerflich zu erklären, wenngleich man von Kubitscheks Nähe zu Umvolkungs-Mythen und Re-Migrationsphantasien auch schon vor einem Jahrzehnt hätte wissen können.<sup>37</sup> Es geht um etwas anderes. Im Zweifelsfalle begegnen definitionsmächtige politische Akteure der Problemformel 'Komplexität' mit einem Achselzucken, denn sie wissen um die orientierende Funktion der antithetischen Dyade. Deshalb hat sich die Links-Rechts-Unterscheidung aller gesellschaftlichen Veränderungen zum Trotz über Jahrhunderte hinweg gehalten. Anders gesagt: Die Rechts-Links-Unterscheidung beinhaltet, wie auch Nassehi einräumt, eine Reduktion von Komplexität, die – und hier bin ich im Dissens mit dem Differenzierungstheoretiker –, auch im 21. Jahrhundert sinnvoll ist, um im politischen Handgemenge Orientierung zu stiften.

*These zwei* lautet deshalb: Sich links oder rechts zu verorten, ist eine *Haltung*, die einzunehmen sich nur in begrenztem Maße wissenschaftlich erklären lässt. Ein besonders häufig verwendetes Kriterium, anhand dessen sich rechte von linken Haltungen unterscheiden lassen, ist die Positionierung gegenüber dem Gleichheitsideal. In unterschiedlichen Kombinationen mit Freiheit und Frieden benennt der linke Egalitarismus elementare Ziele, für die Menschen „bereit wären zu kämpfen“.<sup>38</sup> Linke, egalitäre Politik strebt nach „Beseitigung all jener Hindernisse, die Männer und Frauen“ – gerne können wir hinzufügen: Angehörige der LGBTQ-Community – „weniger gleich machen“, ohne deshalb in nivellierende Gleichmacherei zu verfallen.<sup>39</sup> Zentrales Anliegen der historischen Linken war es stets, zu beseitigen, was sie als Haupthindernis für die Gleichheit unter den verschiedenen Menschen identifizierte – „nämlich das Privateigentum, das ‚furchtbare Recht‘“<sup>40</sup>.

#### **IV. Utopie und Macht**

Von diesem ‚furchtbaren Recht‘, dem Privateigentum an Produktionsmitteln, wird noch zu sprechen sein. Vorerst genügt es, als Zwischenergebnis festzuhalten, dass die Rechts-Links-Differenz mit der Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften keineswegs überflüssig wird. Der politische Zyklus, der ab Mitte der 1970er, spätestens aber nach 1989 einsetzte, liefert dafür einen anschaulichen Beweis. Nicht Komplexität als solche, sondern eine immanente Spannung, die jeder Form des Linksseins innewohnt, ist das eigentliche Kernproblem entsprechender politischer Selbstverortungen. Die Linke, so lautet meine *dritte These*, muss, was Habermas verkennt, utopisch sein, sonst ist sie nicht links und von der Rechten kaum zu unterscheiden. Doch früher oder später sieht sich der utopische Überschuss, den die Linke als Antriebskraft benötigt, mit der „Notwendigkeit jeder politischen Bewegung“ konfrontiert, „an einem bestimmten Punkt ihrer Geschichte die Macht auszuüben.“<sup>41</sup> Dann, so Norberto Bobbio, zeige sich:

„Das utopische Projekt ist per definitionem unrealisierbar. Soll es verwirklicht werden, ist es unabdingbar, den Verlauf der Geschichte zu bezwingen, indem man sie über alle Maßen beschleunigt. Doch verwandelt die Nötigung des Geschichtsverlaufs, wie Marx sehr wohl wußte, das utopische Projekt in sein Gegenteil“<sup>42</sup>.

Diese in der Wechselbeziehung von Utopie und Machtausübung angelegte Grundspannung hat auch den Politik-, Kampf- und Protestzyklus der zurückliegenden Jahrzehnte geprägt. Nach dem Ende der staatssozialistischen Übergangsgesellschaften und infolge der Erschöpfung des wohlfahrtsstaatlichen Sozialkapitalismus befand sich die Linke in einer existenziellen Krise. „Die Revolution von 1989“, so der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf damals, „hat auf mysteriöse Weise auch denen auf der Linken, die vom Kommunismus nichts wissen wollten, das motivierende Bild einer besseren Zukunft zerstört“<sup>43</sup>. Deshalb drohe der Linken Irrelevanz.

Was Dahrendorf befürchtete, ist aber nicht eingetreten. Die Rebellion gegen den Markradikalismus, die zur Jahrtausendwende einsetzte und nach 2009 zusätzlich Fahrt aufnahm, zeigte Wirkung. „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“, gestand der konservative Mastermind Frank Schirrmacher in einem bemerkenswerten Artikel ein. Es zeige sich, so der damalige FAZ-Herausgeber unter Berufung auf den erzkonservativen Thatcher-Biographen Charles Moore, dass ein „System, das angetreten ist, das Vorankommen von vielen zu ermöglichen, sich zu einem System pervertiert hat, das die wenigen bereichert“<sup>44</sup>. Von Vordenkern einer aufgeklärten Rechten geadelt, schien die Linke auf der Siegerstraße. Sozialismus sei der „Hit des Jahres“, titelte das konservative Magazin *The Spectator* angesichts der Wahlerfolge von Jeremy Corbins Labour Party. Es gebe eine „neue Lust am Sozialismus“, warnte die Neue Züricher Zeitung.<sup>45</sup> Die progressive sozialistische Partei, die sich Corbyn vorstelle, wolle „das Wirtschaftssystem nicht mehr reformieren, sondern ‚ersetzen‘“. Das große Echo auf Corbyn verrate, dass er „die richtigen Fragen“ stelle, hieß es in der FAZ.<sup>46</sup> Sorgen bereiteten konservativen Beobachtern vor allem Sympathien, die junge Leute für den Sozialismus hegten: Dies ist eines der großen Rätsel unserer Zeit. Laut einer PEW-Umfrage aus dem Jahr 2011 haben 49 Prozent der 18- bis 29-jährigen Amerikaner eine positive Einstellung zum Sozialismus und nur 43 Prozent eine negative. Wenn es um den Kapitalismus geht, fällt das Votum mit 47 Prozent Zustimmung und 48 Prozent Ablehnung genau andersherum aus. Das Gleiche gilt für die britischen Millennials. Bei der letzten Wahl wählten 62 Prozent der 18- bis 24-jährigen Labour, konstatierte Tobi Young im konservativen Magazin *The Spectator*.<sup>47</sup>

Rückblickend scheint es, als seien diese Sorgen unbegründet gewesen. Innerhalb wie außerhalb Europas befinden sich wichtige linke Formationen im freien Fall. Selbstzerstörung ist ihr bevorzugtes Geschäft. Nach einer Wahlniederlage war es mit dem sozialistischen Aufbruch innerhalb von Labour rasch vorbei. Jeremy Corbyn ist nicht einmal mehr Parteimitglied.<sup>48</sup> Bernie Sanders formuliert noch immer fulminante Anklagen gegen den US-Kapitalismus<sup>49</sup>, doch der Einfluss seiner Democratic Socialists auf die US-Politik ist gering geblieben. Jenseits der angelsächsischen Kapitalismen sieht es für die sozialistische Linke kaum besser aus. Die linkspopulären Parteien an der südeuropäischen Peripherie haben ihren Zenit längst überschritten. In Spanien ist Podemos aus der sozialistisch geführten Regierung ausgeschieden. Die französische Linke drohte sich am Krieg in Nahost zu zerlegen, erst die drohende Machtübernahme des Rassemblement National hat sie zu einem neuen Volksfront-Bündnis veranlasst, das Wahlen gewinnen kann, politisch aber sehr fragil bleibt. Das griechische Linksbündnis Syriza will sich nach einer herben Wahlniederlage in eine demokratische Partei nach US-amerikanischem Vorbild verwandeln und hat sich mehrfach gespalten. Auch die deutsche Linkspartei, die in EU-Europa eine Vorbildfunktion einnahm, hat eine Existenzkrise hinter sich. Es gleicht einem kleinen Wunder, dass sie im Februar 2025 erneut und noch dazu mit einem der besten Ergebnisse ihrer Geschichte in den Bundestag eingezogen ist.

Ungeachtet dessen gilt: Vom Zerfall linker Alternativen profitieren derzeit weder die Sozialdemokratie noch grüne Formationen. Eher ist das Gegenteil der Fall. Zwar haben sich einige sozialdemokratische Parteien vom Geist eines „dritten Weges“<sup>50</sup> verabschiedet, der im Sinne eines ausgeschlossenen Dritten vorgab, Marktliberalismus und soziale Gerechtigkeit zu vereinen; es fehlt

ihnen aber an einer Vision, die den Glauben an eine Linke mit gesellschaftsverändernder Kraft neu begründen könnte. Mit den grünen Parteien verhält es sich ähnlich. Wie die Sozialdemokratie stehen auch sie überwiegend für ein modifiziertes „Weiter-So!“. Zum Gesamtbild gehört, dass auch die weltweite Klimabewegung in den Jahren der Corona-Pandemie an Mobilisierungsfähigkeit verloren hat. Politisch differenziert sie sich aus; Stagnation und schwindende Attraktivität sind offenkundig. Teilweise überlagert die Aufregung über Protestformen, die zivilen Ungehorsam einschließen, die gesellschaftliche Diskussion über die Zielsetzungen der Klimaproteste. Hinzu kommt, dass die Gallionsfigur dieser Bewegung, Greta Thunberg, mit einseitigen Statements zum Krieg in Nahost unnötig moralische Glaubwürdigkeit verspielt hat.

Im starken Kontrast dazu befindet sich die radikale Rechte innerhalb wie außerhalb Kontinentaleuropas auf dem Vormarsch. In den USA hat der rechtspopulistische Block um Donald Trump erneut die Regierungsmacht übernommen. Wichtige EU-Staaten werden von Regierungen unter Einschluss der extremen oder populistischen Rechten regiert. In Italien und in den Niederlanden, aber auch in manchen bundesdeutschen Regionen ist der rechtsradikale soziale Block bereits mehrheitsfähig geworden. In Frankreich hat der Rassemblement National die zurückliegenden Parlamentswahlen zwar verloren, aber dennoch ein Rekordwahlergebnis erzielt. Sicher gibt es insbesondere in den nordischen Ländern und an der südlichen Peripherie emanzipatorische Gegenbewegungen. Dennoch ist die Herrschaft eines neuen Autoritarismus, dem hauptsächlich an der Akkumulation politischer Macht gelegen ist, gegenwärtig weitaus wahrscheinlicher als das Widererstarken einer erneuerten Linken.

Wie konnte zu diesem geradezu epochalen Rechtsruck kommen? Das Problem der Linken sei, dass ihre Theoretiker „nur noch realitätsferne Ideen“ verträten, behauptet der kluge Liberale Rainer Hank<sup>51</sup>, der sich begründete Sorgen um den politischen Gegner macht. Hat er recht? In gewisser Weise ja, aber aus anderen Gründen als der Wirtschaftsjournalist selbst meint. Für den Niedergang einer vielgestaltigen Linken, die sich nach Kräften gegen das weltweite Regime entfesselter Märkte wehrt, gibt es viele Gründe. Ich belasse es an dieser Stelle bei der Hauptursache: Überall dort, wo sie Macht ausübte, hat es die Linke nicht vermocht, Hoffnungen, die ihren zeitweiligen Aufstieg ermöglichten, tatsächlich zu erfüllen. Die Versprechen der Linken für eine bessere Gesellschaft sind nirgendwo eingelöst.<sup>52</sup> Nehmen wir als Beispiel die ungleiche Vermögens- und Einkommensverteilung, die global wie national geradezu obszöne Ausmaße erreicht hat. Nach einer Bevölkerungsbefragung meiner Forschungsgruppe (vgl. Abb. 1) sind große Mehrheiten überzeugt, dass sich der gesellschaftliche Reichtum gerechter verteilen ließe (89 Prozent der Befragten stimmen der Aussage eher oder voll und ganz zu). Man sorgt sich wegen verbreiteter Ellbogenmentalität (78 Prozent) und tendiert mit knapper Mehrheit zu einem dichotomischen Gesellschaftsbild, das nur noch oben und unten kennt (52 Prozent). Auch zweifeln die Befragten mehrheitlich daran, dass das heutige Wirtschaftssystem auf Dauer überlebensfähig ist (69 Prozent).

Doch kaum jemand glaubt ernsthaft, dass die Linke, gleich ob dem Anspruch nach reformorientiert oder systemtransformierend, die Gesellschaft grundlegend verändern oder die Ungleichheit zumindest abmildern könnte. Weil das so ist, werden feine Unterschiede im sozialen Nahbereich subjektiv zum eigentlichen Kernproblem. So sind 54 Prozent der Befragten der Ansicht (29 Prozent stimmen voll und ganz zu, 25 Prozent eher), dass auf Arbeitslose „ein stärkerer Druck ausgeübt werden“ solle.<sup>53</sup> Weil der Abstand zwischen tiefen Löhnen für belastende Arbeit und Sozial-einkommen („Bürgergeld“) als zu gering empfunden wird, begünstigt das eine exkludierende Solidarität, die sich gegen Andere, Schwächere richtet.

## ICH STIMME DER AUSSAGE ...

% voll und ganz zu    % eher zu    % eher nicht zu    % gar nicht zu

Der gesellschaftliche Wohlstand könnte viel gerechter verteilt sein.



In der Gesellschaft gibt es nur ein Oben und Unten.



Die Ellenbogenmentalität in der Gesellschaft bereitet mir Sorgen.



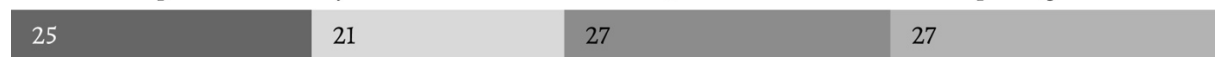
Es gibt nach wie vor einen Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft.



Die heutige Wirtschaftsweise ist auf Dauer nicht überlebensfähig.



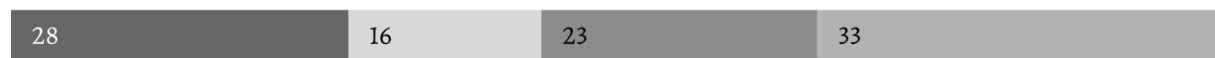
Kritik am kapitalistischen System führt uns nicht weiter, das sind nun einmal die Spielregeln.



Auf Arbeitslose sollte ein stärkerer Druck ausgeübt werden.



Momentan muss ich mich finanziell einschränken.



Mein Leben ist ein ständiger Kampf.



Ich glaube, auch in Zukunft meinen jetzigen Lebensstandard halten oder verbessern zu können.



Fallzahlen als Intervall: n = [922; 1.108]

Durch Rundungsfehler können Abweichungen von 100 % entstehen.

Abbildung 1: Einstellungen zu Wirtschaft und Gesellschaft (Gesellschaftsbild-Batterie). Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der h2-well-Bevölkerungsbefragung 2022.

Wenn das Linkssein mit Ohnmachtserfahrungen verbunden ist, wiederholt sich – freilich unter völlig anderen gesellschaftlichen Bedingungen –, was Erich Fromm an Beispiel des rebellisch-autoritären Sozialcharakters für die Weimarer Republik beschrieben hat. Im genannten Charaktertypus verband sich das Aufbegehren gegen die Eliten mit einer latenten Sehnsucht nach Unterordnung. Solange die Linke den Kampf gegen die Autoritäten wirkmächtig symbolisierte, war sie für den rebellisch-autoritären Typus attraktiv. Das änderte sich, als die Nazis „Ventile für rebellische Gefühle“ öffneten, denen „das Finanzkapital und das Judentum“ als Machtsymbole dienten.<sup>54</sup> Weil eine gesplante Linke ihnen keine wirksame Verteidigung ihrer sozialen Interessen anbot, setzten Angestellte, Beamte und, so müsste man ergänzend hinzufügen, Arbeiter in ländlichen Industrie-regionen ihre Hoffnung auf die NSDAP.

Bei allen Unterschieden zur Weimarer Republik drängen sich doch einige Parallelen zur Gegenwart auf. Es dürfte kaum ein Zufall sein, dass die AfD ausgerechnet in jenen ländlichen

Industrieregionen mehrheitsfähig geworden ist, die während der 1920er Jahren zunächst links waren, nach der Amtsenthebung der sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront-Regierung Thüringens jedoch rasch von der NSDAP dominiert wurden.<sup>55</sup> Diese historische Parallele wird durch Verweise auf das in Einstellungsmessungen vorfindliche Dromedar, auf eine Gesellschaft mit gefestigter demokratischer Mitte, wie sie Steffen Mau und Kollegen in ihrem vieldiskutierten Buch „Triggerpunkte“<sup>56</sup> beschreiben, zwar relativiert, verliert aber nichts von ihrer Brisanz. Das Gesellschaftsbewusstsein großer Mehrheiten ist eben widersprüchlich und fragil. Wenn die politische Mitte wie beim Thema Migration insgesamt nach rechts rückt und „normal“ wird, was zuvor nur die nationalradikale Rechte forderte, ist durchaus möglich, dass sich in Meinungsumfragen nicht Hügel, die Polarisierung anzeigen, sondern das Dromedar, also die Gaußsche Normalverteilung<sup>57</sup>, abzeichnet. Anders gesagt, wenn die Zustimmung zu einer nationalsozialistischen Parole mehrheitlich mit teils-teils beantwortet wird, spricht das keineswegs für eine entpolarisierte Gesellschaft. Im Gegenteil: Werden, wie in Thüringen, für eine Regierungsbildung ohne die AfD alle politischen Kräfte von der CDU über die SPD und das BSW bis hin zur mehrheitsbeschaffenden Linkspartei benötigt, ist das Ausdruck einer politischen Polarisierung, die für die Bundesrepublik beispiellos ist.

Halten wir fest: Wenn die Linke in all ihren Schattierungen Ohnmachtsgefühle weckt, wenn sie sich als wenig durchsetzungsstark erweist, wenn sie sich, was häufig die Folge ist, durch Ausschlüsseritis, Spaltung und sektenhafte Rechthaberei selbst schwächt, kurz: wenn sie in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr anders ist als all die etablierten, konkurrierenden politischen Kräfte, entsteht ein politisches Vakuum, das der heutige „Nationalradikalismus“<sup>58</sup>, darin seinen faschistischen Vorläufern ähnlich, über affektive Mobilisierungen für sich zu nutzen weiß.

## **V. Eine Linke für das 21. Jahrhundert?**

Diese Gefahr vor Augen, komme ich zu einer *vierten*, der letzten *These* und mit ihr zugleich zum schwierigsten Teil der Abschiedsrede. Ich behaupte: Eine Linke für das 21. Jahrhundert ist noch nicht geboren, sie muss erst noch entstehen. Das wird nur gelingen, wenn diese Linke die Themen sozialer und ökologischer Reproduktion auf neue, innovative Weise mit den Themen arbeitsweltlicher Transformation verbindet. Arbeit, (Über-)Ausbeutung und Klasse müssen, statt Randthema zu sein, wieder stärker ins Zentrum linker Politik rücken. Wenn ich diese These formuliere, ist mir bewusst, dass sie wohl nicht nur bei Feministinnen, sondern bei allen, die für sogenannte identitätspolitische Themen stehen, zumindest beim ersten Hinhören blankes Entsetzen auslösen wird. Keinesfalls um zu beruhigen, wohl aber wegen der zwingend nötigen Präzisierung sei hinzugefügt, dass die Linke des 21. Jahrhunderts intersektional<sup>59</sup> sein muss oder sie wird nicht sein.

Die methodologische Prämisse einer – begrenzten – Vielfalt an Konfliktachsen ergibt sich logisch aus einem Kapitalismusverständnis, das die expansive Dynamik des Kapitalismus als eine Kette fortwährender Landnahmen begreift. Landnahme besagt, dass kapitalistische Gesellschaften sich nicht ausschließlich aus sich selbst heraus reproduzieren können, weshalb sie auf die fortwährende Okkupation eines nichtkapitalistischen Anderen angewiesen sind.<sup>60</sup> Analytischen verschiebt das Landnahme-Theorem den Fokus von der Statik zur Dynamik kapitalistischer Gesellschaften. Der Kapitalismus ist nichts, sofern er nicht ständig in Bewegung ist. Diese Bewegung lässt sich aber nur verstetigen, wenn auf ein nichtkapitalistisches Anderes zugegriffen werden kann. Ein reiner Kapitalismus wird wahrscheinlich nicht überleben, empirisch ist er jedenfalls nirgendwo existent. Stattdessen ist für die kapitalistische Dynamik ein fortwährender Austausch

zwischen Bereichen, die unter Verwertungszwecke subsumiert sind, und (noch) nicht kommodifizierten Sektoren der Gesellschaft charakteristisch. Der warenförmige Äquivalententausch, der in kapitalistischen Gesellschaften zur Verallgemeinerung drängt, kann sich niemals vollständig durchsetzen, weil er in andere Handlungsrationitäten und Tätigkeitsfelder eingebettet bleibt, zu denen sich die Kommodifizierung expansiv, vereinnahmend, ja geradezu imperialistisch verhält oder doch verhalten kann. Dabei erfolgt die Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise in Raum und Zeit, außerhalb wie innerhalb nationaler Gesellschaften, sektoral und feldspezifisch. Sie erfasst unterschiedliche Produktions- und Lebensweisen, Milieus, soziale Gruppen, Wissensbestände und mit ihnen auch ein weites Spektrum an (Arbeits-)Tätigkeiten.

Dieser Gedanke scheint simpel, doch er besitzt gesellschaftstheoretische Brisanz. Es ist eben nicht allein das Geld, das als allgemeines Medium die Kommunikation zwischen aus-differenzierten gesellschaftlichen Subsystemen sicherstellt und so für eine Hierarchisierung dieser Teilbereiche sorgt.<sup>61</sup> Die Gesellschaft und ihre Teilsysteme sind aus Arbeit „gemacht“. Gesellschaftliche Arbeit ist aber niemals auf Erwerbs- und schon gar nicht auf Lohnarbeit zu begrenzen. Neben ökonomisch zweckrationaler Erwerbsarbeit existieren Hausarbeit und Eigenarbeit (zum Beispiel Reproduktionsarbeit: Arbeit, deren Nutznießer man zuerst selbst ist, das Ziel ist Wohlergehen), zweckfreie autonome Tätigkeiten (Tätigkeiten, die man als Selbstzweck frei ausübt) und freiwilliges Engagement (Tätigkeit für das Gemeinwesen) zum menschlichen Arbeitsvermögen.<sup>62</sup> Auch diese Tätigkeiten sind im weitesten Sinne gesellschaftliche Arbeit. Sie werden jedoch in jeder Gesellschaftsformation in Abhängigkeit von der Klassenzugehörigkeit, von Qualifikation, Geschlecht, Ethnie und Nationalität auf unterschiedliche Weise hierarchisiert und miteinander verflochten.

Die Geschichte des Kapitalismus ist deshalb zugleich eine der Ausdifferenzierung unterschiedlicher Arbeits- und Tätigkeitsformen. Allerdings hat die finanzkapitalistische Landnahme eine eigentümliche Gegenbewegung zum marktgetriebenen Expansionismus ausgelöst. Das Spektrum der Arbeitstätigkeiten mag sich weiter ausdehnen; Arbeitsfelder, Qualifikationen und Kompetenzen mögen sich weiter ausdifferenzieren – in handelnden Personen und deren Arbeitsvermögen laufen die divergenten Anforderungen und Tätigkeiten doch wieder in der einen oder anderen Weise zusammen. Dem individuellen menschlichen Arbeitsvermögen dient ein Körper als Gefäß, der einem Biorhythmus gehorcht. Dies wird unmittelbar erfahrbar, wenn die Folgen eines umfassend kommodifizierenden Zugriffs auf das gesamte Ensemble menschlicher Tätigkeiten innerhalb der Person ausbalanciert werden müssen. Individuen haben dann in Einklang zu bringen, was gesellschaftlich auseinanderdividiert ist. Damit wird jedoch auf mitunter schmerzhaft Weise wieder erfahrbar, dass Arbeit „bloß eine andere Bezeichnung für menschliche Tätigkeit“ ist, „die zum Leben an sich gehört, das seinerseits nicht zum Zwecke des Verkaufs, sondern zu gänzlich anderen Zwecken hervorgebracht wird“<sup>63</sup>. Diese Tätigkeit kann nicht „vom restlichen Leben abgetrennt oder flüssig gemacht werden“; daher ist selbst jener Ausschnitt des Arbeitsvermögens, der als Arbeitskraft zum Verkauf angeboten wird, keine Ware wie jede andere. Es handelt sich um eine Ware, die, darin Boden und Geld ähnlich, nur mit Hilfe einer Fiktion auf Märkten ge- und verkauft werden kann. Ließe die Gesellschaft dem Marktmechanismus freien Lauf, so käme das nach Polanyi einer Selbstzerstörung gleich.<sup>64</sup>

Stellt man in Rechnung, dass Konflikte um die Landnahme fiktiver Waren je eigene Konfliktachsen konstituieren, liegt auf der Hand, dass sich die kapitalistische Dynamik nicht auf Klassenkampf reduzieren lässt. Jede Konfliktachse bringt eigene Akteure mit spezifischen Machtressourcen hervor, deren Aktivitäten politische Kampf- und Protestzyklen erzeugen und vorantreiben. Deshalb kann es auch die eine, alle Gegenkräfte integrierende Linke niemals geben. Linke Pluralität hat, politisch zunächst durchaus produktiv, auch den zurückliegenden Kampfzyklus geprägt. Statt

bereits von einer Linken für das 21. Jahrhundert zu sprechen, wie Göran Therborn vorschlägt<sup>65</sup>, muss beachtet werden, dass es genau genommen zwei große linke Lager waren, die während dieser Phase den „Geist von Porto Alegre“ (Weltsozialforum) und mit ihm die Opposition gegen die kapitalistische Hyperglobalisierung verkörperten. Akteure, die eine Kontinuität der alten sozialistischen Arbeiterbewegungen und der Gewerkschaften repräsentierten (vertikale Organisation, Kampf um die Macht, an selektivem Wachstum interessiert), verorteten sich überwiegend auf der Achse von Kapital-Arbeit-Konflikten. Das konkurrierende Lager libertärer Strömungen und Bewegungen setzte hingegen auf Selbstorganisation (funktionale Dezentralisierung), lehnte ökonomisches Wachstum als Ziel emanzipatorischer Politik grundsätzlich ab und agierte neben den Achsen *race* und *gender* hauptsächlich auf dem Feld des ökologischen Gesellschaftskonflikts.

Die Linke nach 1989 war und ist in ihren mobilisierungsfähigsten Teilen noch immer eine reproduktionsbezogene, eine feministische, ökologische und antirassistische Linke. Dieser Teil der Linken war während des zurückliegenden politischen Zyklus überaus erfolgreich. Seine Aktivitäten haben das instrumentelle Verhältnis zur außermenschlichen Natur, zu Pflanzen und Lebewesen, das menschliches Handeln seit der neolithischen Revolution prägt, grundlegend erschüttert. Diese Linke hat die asymmetrische Machtverteilung in patriarchal dominierten Geschlechterverhältnissen attackiert und rassistische Diskriminierung einschließlich der Gewalt gegen *people of colour* in weltweiten Bewegungen wie zuletzt *Black Lives Matter* erfolgreich skandalisiert. Die Erfolge stellten sich jedoch ein, weil oder obwohl das für den Kapitalismus konstitutive „furchtbare Recht“, das Privateigentum an sowie die private Verfügung über Produktionsmittel, und mit ihm die Haupttriebkraft des kapitalistischen Expansionismus in gewisser Weise aus dem Blick geriet.

Dieses Missverhältnis festzustellen, läuft nicht auf eine andro- und eurozentrische Verengung von Kapitalismuskritik hinaus.<sup>66</sup> Im Gegenteil, die Dynamik kapitalistischer Landnahmen wird, wie gezeigt, von systemimmanenten Konfliktachsen angetrieben, deren politische Gewichtung sich Vereinfachungen nach dem Muster von Haupt- und Nebengewidersprüchen komplett entzieht. Diese Konfliktlinien – Mau et al. sprechen bildlich einprägsam von Oben-unten-, Heute-morgen-, Wir-die- und Innen-außen Konflikten – sind in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gleichgewichtig zu behandeln, sie sind aber nicht gleichursprünglich. Spezifisch kapitalistisch sind sie nur in der jeweiligen Funktion, die sie für die Reproduktion kapitalistischer Imperative – den Zwang zu Akkumulation, Marktausdehnung und (Über-)Ausbeutung – besitzen. Dies festzustellen heißt keineswegs, die Relevanz von Reproduktionskonflikten in irgendeiner Weise zu relativieren. Es bedeutet aber, dass die Spielräume, um patriarchale Herrschaft zumindest einzuschränken, die Arbeit der Natur auf schonendere Weise zu nutzen und rassistische Diskriminierung zu korrigieren, relativ groß sind, ohne dass der kapitalistische Besitz als solches grundlegend in Frage gestellt werden müsste. Die nordischen Kapitalismen mit ihren noch immer vergleichsweise generösen sozialen Sicherungssystemen sind der beste Beweis.

Kapitalistische Produktionsverhältnisse und deren Einbettung in eine Eigentumsordnung, die alle beherrschten Klassen von Produktionsentscheidungen ausschließt, aus dem Blick zu verlieren, ist die große Schwäche der meisten Gegenbewegungen, die sich in Opposition zum Marktradikalismus der zurückliegenden Dekaden formiert haben. Diese Schwäche rächt sich, weil sich in der gegenwärtigen Übergangsphase in radikalierter Form bemerkbar macht, was der Philosoph, Schriftsteller und Dichter Günther Anders einst als Trennung von Produktion und Gewissen bezeichnet hat, Das „aktiv-passiv-neutrale Mit-Tun“ im Arbeitsprozess Sorge dafür, dass der Arbeitende „mitgetrieben mittreibe“<sup>67</sup>: „Während Arbeiten als solches unter allen Umständen als ‚moralisch‘ gilt, gelten in actu des Arbeitens Arbeitsziel und -ergebnis [...] grundsätzlich als ‚moralisch neutral‘; gleich, woran man arbeitet, das Arbeitsprodukt bleibt, jenseits von gut und böse“<sup>68</sup>.

Produkt und Herstellung des Produkts seien moralisch auseinandergerissen. Der Arbeitsbetrieb produziere „Gewissenlosigkeit“; er sei der „Geburtsort des Konformisten“<sup>69</sup> und mache „apokalypse-blind“<sup>70</sup>.

Was diese Erkenntnis für die Linke des 21. Jahrhunderts bedeutet, möchte ich exemplarisch anhand des sozial-ökologischen Umbaus verdeutlichen. Beginnen wir mit dem Klimawandel. Die Fakten sind hinlänglich bekannt. Bei Anhalten der Gegenwartstrends steuert der Planet nicht auf ein 1,5- sondern auf ein 2,8-Grad-Erderhitzungsszenario zu. Die Folgen sind in diversen Szenarien beschrieben worden. Eine Erderhitzung um 2,7-Grad könnte bedeuten, dass etwa ein Drittel der Menschheit die angestammten Klimazonen verlieren würde.<sup>71</sup> Der Glaube, die Festung Europa gegenüber den Folgen eines solchen Ökozids abschotten zu können, läuft gelinde gesagt auf eine Negation des menschlichen Selbsterhaltungstrieb hinaus. Selbst wenn eine Abschottung zeitweilig gelänge, wären die Wohlfahrtsverluste infolge des Klimawandels immens. Die Ökonomen Adrien Bilal und Diego Känzig, die in ihrem Rechenmodell eine Zunahme der globalen Durchschnittstemperaturen von drei Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau unterstellen (plus zwei Grad über den Temperaturen von 2024), vergleichen den wirtschaftlichen Schaden, der infolge der Erderhitzung entstünde, mit dem eines dauerhaften Krieges im eigenen Land.<sup>72</sup> Dies allerdings mit dem Unterschied, dass Wohlfahrtsverluste infolge des Klimawandels weitgehend irreversibel sind sich für immer fortsetzen.<sup>73</sup>

Die Frage, warum trotz des immer präziseren Wissens um ökologische Großgefahren so wenig geschieht, um zu verhindern, dass solche Schreckensszenarien Realität werden, führt zur wissenschaftlich wie politisch lange verdrängten Klassenfrage. Mittlerweile beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass jeder ökologischen Großgefahr, so auch dem Klimawandel, eine soziale Gerechtigkeitsproblematik innewohnt. Auch vergleichsweise gutverdienende Beschäftigte wie der eingangs zitierte Opel-Arbeiter bewegen sich mit ihrem Klimafußabdruck in etwa innerhalb eines Korridors, der den freilich nicht sehr ambitionierten Klimazielen für 2030 entspricht. Während untere und mittlere Einkommensgruppen in Nordamerika und EU-Europa erheblich zu den Emissionsreduktionen im Globalen Norden beigetragen haben, legten die Reichen und Superreichen zwischen 1990 und 2019 deutlich zu – die obersten 0,08 Prozent der erwachsenen Bevölkerung erzeugten sage und schreibe 80 Prozent mehr an klimaschädlichen Treibhausgasen.<sup>74</sup> Daran zeigt sich: Die Luxusproduktion für den Luxuskonsum der Reichsten ist zu einer Haupttriebkraft des Klimawandels geworden.

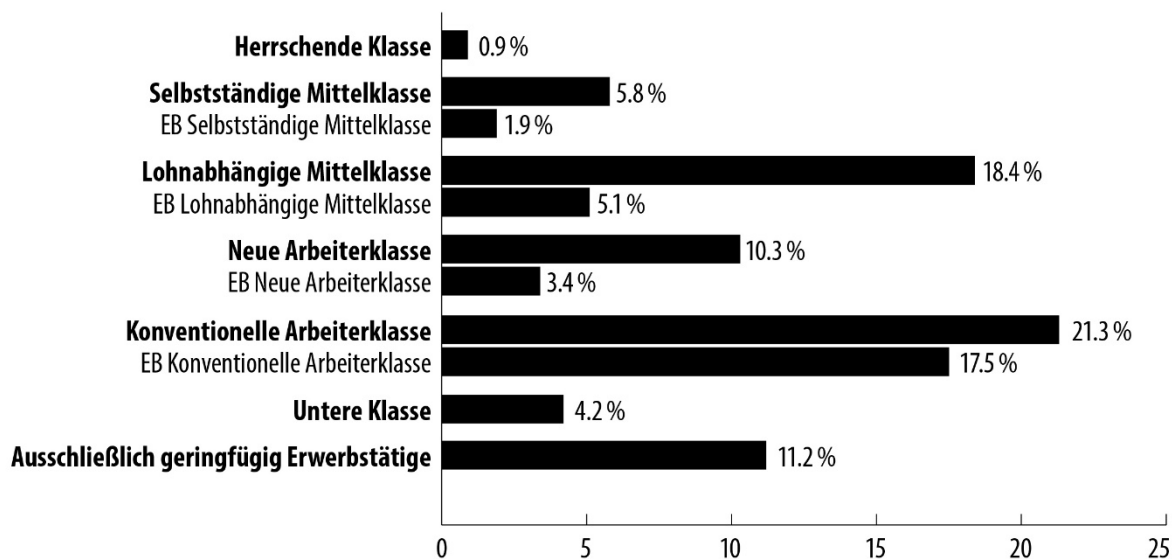


Abbildung 2: Verteilung der Erwerbsklassen (n = 19.381). Erwerbsbevölkerung ab 15 bis 64 Jahre. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von BIBB/BAuA 2018.

Der entscheidende Punkt ist aber ein anderer. Hauptursache für die Emissionen sind die Investitionen, nicht individuelle Konsummuster. Entscheidungen über Geschäftsmodelle und Investitionen basieren auf expansivem kapitalistischem Besitz, auf Eigentum an und/oder Verfügung über Produktionsmittel. Sie werden nach dem Jenaer Klassenmodell in der Regel von winzigen Minderheiten innerhalb herrschender Klassen getroffen. Es handelt sich nach unserem Jenaer Klassenmodell um zahlenmäßig kaum erfassbaren Entscheidungseliten innerhalb der 0,9 Prozent, die wir der Herrschenden Klasse zurechnen (Abb. 2). Der große Rest in Gestalt beherrschter Klassen, die mehr als 99 Prozent der Erwerbsbevölkerung ausmachen, ist von solchen Entscheidungen ausgeschlossen. Das ist der Grund, weshalb sich die Beherrschten gegenüber den Gütern, die sie erzeugen, relativ gleichgültig verhalten.

Damit bin ich bei der politischen Dimension des Umbruchs, dem neuen Kampf- und Protestzyklus, der alle relevanten Akteure zur Korrektur ihrer Koordinatensysteme und damit auch zur Neujustierung der Rechts-Links-Unterscheidung zwingt. Gegenwärtig befinden wir uns – hier muss ich mich selbst korrigieren – noch immer inmitten eines politischen Interregnums.<sup>75</sup> Das Alte, ein finanzialisierter Kapitalismus, der auf fortwährenden Landnahmen des Sozialen beruht, kann nicht vergehen; das Neue – eine Gesellschaft, die den sozialökologischen Umbau zumindest in Gestalt eines staatsgetriebenen grünen Kapitalismus halbwegs planmäßig und innerhalb demokratischer Regeln betreibt, kann nicht entstehen. Dieser Stillstand ist gefährlich, weil die Zeitbudgets, die für grundlegende Veränderungen zur Verfügung stehen, schrumpfen. Die unübersichtliche Lage macht es schwer, die Pole der Rechts-Links-Unterscheidung neu zu definieren.

Immerhin lässt sich folgendes sagen. Die Vorstellung, der Erderhitzung allein über Marktmechanismen und, wie es geschönt heißt, „Technologieoffenheit“ erreichen zu wollen, ist, sagen wir, gemäßigt-rechts, denn solche Politiken laufen auf ein modifiziertes „Weiter-so“ hinaus. Den Staat in neuer Weise zu einem Akteur zu machen, der Märkte nicht nur repariert, sondern sie aktiv schafft und reguliert, um so ökologische mit sozialer Nachhaltigkeit zu verbinden, ist gemäßigt links. Darauf zu bauen, dass es, wie Armin Nassehi meint, „so etwas wie eine merkwürdige Selbstkorrektur gesellschaftlicher Krisen“ gibt, eine „merkwürdige Form der Resilienz, die mit bisweilen hohen Kosten, aber ganz ohne Kollaps dazu führt, dass die Dinge einfach weiterlaufen“<sup>76</sup>, ist die wissenschaftliche Legitimation für eine konservierende, eine gemäßigt rechte Politik.

Wer stattdessen, wie die Ökonomin Mariana Mazzucato, darauf besteht, dass Sprunginnovationen und Investitionen seit jeher auf die strategische Planung und die Ressourcen eines intervenierenden Staates angewiesen waren, dies am Beispiel der Mondlandung plausibilisiert und eine planvolle Mission für die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele vorschlägt, begründet Politiken, die ich moderat-links verorte. Mitte-rechts und Mitte-links sind insofern durch einen Konsens verbunden, als sie ihre Konkurrenzen innerhalb von Verfahren und Institutionen austragen, die liberalen Demokratien zugeordnet werden. Extrem rechts ist, wer dem Klimawandel leugnet oder zumindest stark relativiert, Ungleichheit naturalisiert, Rasse durch einen homogenisierenden Kulturbegriff ersetzt, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fördert und klassenspezifische Oben-unten-Konflikte in Auseinandersetzung zwischen Innen und Außen umdefiniert.

Wenn die Bezeichnung rechts im aktuellen politischen Handgemein primär auf Formationen wie die AfD angewendet wird, so ist das strenggenommen falsch. Die Linke kann nur existieren, sofern es eine anerkannte, satisfaktionsfähige, liberal-konservative Rechte als politischen Konkurrenten gibt. Es wäre deshalb zu prüfen, ob die Bezeichnung rechts, wie zunächst im Westdeutschland der Nachkriegszeit, ausschließlich auf jene Formationen angewendet werden soll, die außerhalb des Verfassungsbogens stehen. Auf gemäßigte liberale oder konservative Parteien würde diese Bezeichnung dann nicht angewandt. Ich versehe diesen Hinweis mit einer Einschränkung. So wie die gesamte, auch die antikommunistische Linke eine Verantwortung für den Stalinismus hat, besitzt die gemäßigte Rechte eine Verantwortung für den historischen Faschismus. Wenn eine Ursula von der Leyen im Vorfeld der Wahlen zum europäischen Parlament die „gute“ Postfaschistin Meloni von den „schlechten“, weil nicht regierungsfähigen Rechtsextremisten trennt, wird sie dieser geschichtlichen Verantwortung nicht gerecht.

Nun habe ich in der bisherigen Betrachtung eine wichtige Frage ausgespart: Was ist eigentlich radikal links? Radikal verstehe ich hier im Sinne von „das Übel an der Wurzel fassen“, also als systemtransformierend links. Selbiges ist kein Synonym für extrem links. Dies aus folgendem Grund: Sich systemtransformieren links zu verorten, kann nicht heißen, hinter Standards bei Meinungsfreiheit, Pluralismus, demokratischen Verfahren usw. zurückzufallen, wie sie liberale Demokratien institutionell garantieren. Den Grund hat bereits Rosa Luxemburg genannt, wenn sie in ihrer Kritik an den Bolschewiki schreibt:

„daß der ‚schwerfällige Mechanismus der demokratischen [Institutionen – Einfügung aus der Fußnote zum Text – KD]‘ ein kräftiges Korrektiv hat – eben in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse, um so unmittelbarer und genauer ist die Wirkung – trotz starrer Parteischilder, veralteter Wahllisten etc. Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.“<sup>77</sup>

Eine transformative Linke, die diese Kritik beherzigt, nimmt, wie die Philosophin Lea Ypi vorschlägt, das beste am politischen Liberalismus in sich auf. Insofern gibt es eine normative Verbindung mit den Formationen der gemäßigten Rechten und Linken. Die Hufeisentheorie, an der manche Konservativen noch immer festhalten möchten, funktioniert für eine solche Konstellation nicht. Allerdings, das unterscheidet die transformative von der moderaten Linken, gehen linke Strömungen mit antikapitalistischem Selbstverständnis davon aus, dass Demokratie und Nachhaltigkeit auf der einen, Kapitalismus und Expansionismus auf der anderen Seite letztendlich

unvereinbar sind. Deshalb müssen, so die Schlussfolgerung, auf dem Prinzip des expansiven kapitalistischen Besitzes beruhende Gesellschaften durch eine andere soziale Ordnung ersetzt werden.

Entscheidender Grund ist die genannte Trennung von Produktion und Gewissen, die Günter Anders so präzise analysiert. Die transformative Linke des 21. Jahrhundert benötigt, wie Luc Boltanski treffend feststellt, ein „Befreiungsprojekt“<sup>78</sup>. Dieses Befreiungsprojekt kann nur darin bestehen, den Ausschluss großer Mehrheiten von Produktions- und Investitionsentscheidungen mittels radikaler Ausweitung und Demokratisierung von wirtschaftlicher Entscheidungsmacht zu überwinden. Sobald man die Eigentumsfrage, die Frage nach Entscheidungsmacht über das Was, das Wie, das Womit und Wozu der Produktion stellt, sind die Gemeinsamkeiten zwischen links und rechts rasch aufgebraucht, die Interessen von Kapital und Arbeit wieder eindeutig getrennt. Gegen die auf der Kapital- und der mit ihr verbündeten Staatsseite monopolisierte Entscheidungsmacht wäre erforderlich, was Günther Anders als „Produktstreik“<sup>79</sup> bezeichnet hat. Ein solcher Streik würde nicht mehr nur die Arbeitsbedingungen verbessern, sondern die Weigerung der Arbeiterinnen und Arbeiter beinhalten, Produkte, die unverantwortbare Effekte nach sich ziehen, nicht mehr herzustellen.<sup>80</sup> Produktion und Gewissen wieder zusammenzufügen, indem die eigentumsgebundene Entscheidungsmacht über die stoffliche Dimension von Produkten und Produktionsverfahren radikal demokratisiert wird, bedeutet Freiheitsgewinn. Denn wirklich frei sind wir erst, wenn wir Verantwortung „auch für das übernehmen, was wir erzeugen“<sup>81</sup>. Es wäre, so sei hinzugefügt, ein positives Freiheitsverständnis, das zugleich eine ethische Grenze zwischen links und rechts markiert.

Der Antiutopie einer ausschließlich marktgetriebenen Individualisierung, wie sie aktuell in der Laudatio der Hayek-Gesellschaft für den argentinischen Anarchokapitalisten Javier Gerardo Milei fröhlich Urstände feiert, kann und muss ein Freiheitsverständnis entgegengesetzt werden, das sich nicht auf Negatives, auf die Abwesenheit von Zwang, reduzieren lässt. Die Idee einer historisch gewordenen „menschlichen Natur“, die mit einem Freiheitsverständnis korrespondiert, das in die Sozialität des Menschen, in das „Wissen um die Gesellschaft“<sup>82</sup>, eingebettet ist, macht, wie Karl Polanyi das formuliert hat, eine unhintergehbare Grenze der Marktvergesellschaftung aus.

Freiheitsprojekte zu definieren, die diesem hohen Anspruch genügen, ist Aufgabe einer transformativen Linken, die notwendig plural sein muss. Weil es für jeden Widerspruch, für jede Konfliktlinie rivalisierende Akteure gibt, die um Einfluss ringen, ist konkurrierende Vielfalt wohl der Normalzustand der Linken. Das könnte eine Stärke sein, bestünde innerhalb der Linken ein Grundkonsens, der ermöglichen würde, was Hans-Jürgen Urban als „Mosaiklinke“ bezeichnet.<sup>83</sup> Von einem solchen Grundkonsens sind wir einstweilen weit entfernt. Doch die Laboratorien, in denen an Perspektiven für eine Linke des 21. Jahrhunderts gearbeitet wird, existieren. Diejenigen, die sich beispielsweise innerhalb oder im Umfeld der Partei Die Linke engagiert haben, wären auch dann noch präsent, wenn die Partei ihre parlamentarische Präsenz auf Bundesebene verloren hätte. Es gibt Linke in den Gewerkschaften, Linke bei den Grünen, in der Sozialdemokratie, in der Kulturszene und selbst in Sportvereinen – ich nenne nur Roter Stern Leipzig, deren zweite Herrenmannschaft trotz teilweise grottenschlechter Leistung in der Saison 2024/25 glücklicherweise mal wieder nicht abgestiegen ist.

Viele, die sich engagieren, sind jung. Sie können beispielsweise von links-grünen Parteien in den nordischen Kapitalsimen lernen, die bei den Europawahlen Erfolge feierten. Sie werden aufmerksam registrieren, dass die Linke in Frankreich und Italien neue Bündnisse eingeht, um sich dem Rechtsruck zu widersetzen. Sie werden Aufflammen von Arbeitskämpfen analysieren, das während der zurückliegenden Monate kampfbereite Gewerkschaften den neuen Protestzyklus

bestimmen ließ – ein Phänomen, das manche bereits als Wiederkehr von Arbeitermacht gedeutet haben. Und sie werden, so hoffe ich, daraus Wissen und Kraft beziehen, um die Linken des 21. Jahrhunderts mit dem nötigen utopischen Überschuss, aber auch den Sinn für „revolutionäre Realpolitik“, für „radikalen Reformismus“ auszustatten, der nötig ist, um erfolgreich in das alltägliche politische Handgemenge einzugreifen.

Während ich dies vortrage, ist mir bewusst, dass sich unausgesprochen ein grundlegender Zweifel im Raum ausbreitet. Trägt diese skizzierte Neujustierung der Rechts-Links-Unterscheidung auch für Themen, die gegenwärtig die Linke spalten? Ich tendiere zu einem vorsichtigen ja. Zwei Beispiele. Nehmen wir als erstes die Migration, das Paradethema der extremen Rechten. Die Bevölkerung mit Migrationsgeschichte kommt im hegemonialen Diskurs gegenwärtig ausschließ in Gestalt negativer Klassifikation vor – und dies nicht nur bei der AfD. So heißt es im Programm einer Partei des „ausgeschlossenen Dritten“, die Sozialpolitik mit Migrationskritik verbinden will: „Ob Heizgesetz, Verbrenner-Verbot, die weiterhin unkontrollierte Migration oder die desaströse Energiepolitik: Ideologie und Planlosigkeit treiben diese Regierung an, nicht die Lösung der Probleme der Menschen.“<sup>84</sup>

„Unkontrollierte Migration“ ist das Stichwort. Wer Migrant:innen wahlweise als Sicherheitsrisiko oder Kostenfaktor betrachtet, ignoriert, was eine Produktionsperspektive mit Blick auf die systemerhaltenden Berufe sofort zutage fördert: Ohne die Menschen mit Migrationshintergrund könnten wir den „Laden dichtmachen“. Und das vor allem im Osten der Republik. Selbiges gilt gleichermaßen für die systemerhaltenden Berufe etwa in der Altenpflege, dem Gesundheitssektor, bei der Post und auch für die Industrie: Bei Opel in Eisenach haben alle, die als Leiharbeitskräfte eingestellt wurden, eine Migrationsgeschichte. Im VW Werk Baunatal setzt sich die Belegschaft aus 40 Nationen zusammen. Arbeiter sind dort nur in Teilen alte weiße Männer; viele Beschäftigte sind jung und migrantisch. Das Problem ist: Darüber wird im Selbstüberbietungswettbewerb harter Abschieberegeln nicht gesprochen. Und es geht verloren, was meine Kollegin Naika Foroutan brillant begründet hat: Die Bundesrepublik ist eine Einwanderungsgesellschaft, besser: eine post-migrantische Gesellschaft und sie wird es bleiben. Diese Wahrheit offensiv zu begründen, und die Konflikte, die damit unweigerlich verbunden sind, mit klarer Sprache anzugehen, ist im 21. Jahrhundert eine unhintergehbare Aufgabe emanzipatorischer Politik.

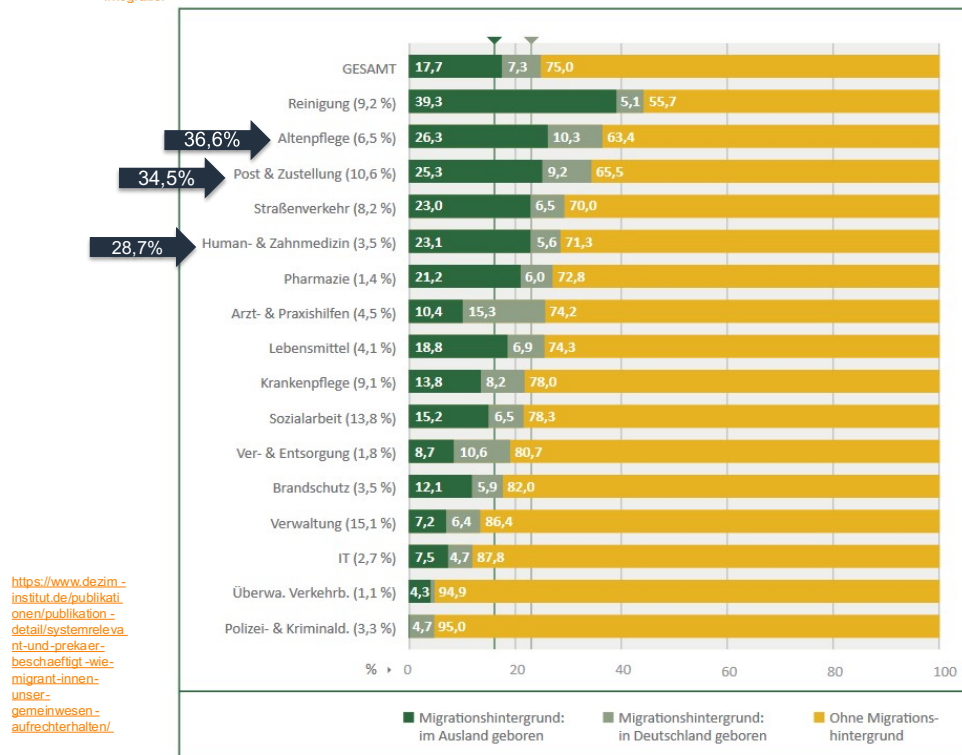


Abbildung 3: Systemrelevante Berufe nach Migrationshintergrund 2018. Quelle: Khalil, Samir/Lietz, Almuth/Mayer, Sabrina J. (2020): Systemrelevant und prekär beschäftigt: Wie Migrant\*innen unser Gemeinwesen aufrechterhalten. DeZIM Research Notes 3-RN-2020-05, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.

Damit komme ich zum nächsten weißen Elefanten, der immer noch im Raume steht, dem Krieg in der Ukraine, der ebenso wie jener, der in Gaza tobt, quer zu den politischen Lagern spaltet. Der Angriffskrieg, den Russland völkerrechtswidrig und verbrecherisch auch gegen zivile Infrastruktur und die ukrainische Zivilbevölkerung führt, ist durch nichts, aber auch gar nichts zu rechtfertigen. Das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine anzuerkennen, darf jedoch nicht zur widerspruchslosen Inkaufnahme einer fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft führen. Die Linke muss erkennbar eine Anti-Kriegs-Linke sein, die für rasche Verhandlungen und ein baldiges Kriegsende kämpft. Mit dem Zwang zu permanenter Aufrüstung darf sie sich nicht abfinden. Ihr Hauptanliegen muss die Verhinderung eines neuen globalen Kriegs sein, in den wir, aller Verharmlosungen zum Trotz, „schlafwandlerisch“ schlittern könnten. Geht es um Krieg und Frieden, muss man unbedingt links reden und links leben. Deshalb gilt für mich, den fußballideologischen Dortmunder, zwingend: Nie mehr BVB, solange der Rüstungsgigant Rheinmetall die Profimannschaft sponsert!

Damit komme ich zu jenem Krieg, der sich längst über Gaza hinaus ausgeweitet hat. Dieser Krieg zwingt dazu, die ethischen Grundlagen linker, emanzipatorischer Politik zu überprüfen. Worum es geht, möchte ich aller Schwierigkeiten zum Trotz auf eine knappe Formel bringen: Die Hamas ist eine Terror-, keine Befreiungsorganisation. Der Angriff auf Israel war ein schreckliches, brutales, abscheuliches Verbrechen, das durch kein Aber zu relativieren ist. Und selbstverständlich gilt, dass die staatliche Existenz Israels nicht in Frage gestellt werden darf. Wer darüber hinaus nach den Ursachen dieses Krieges forscht, verhält sich, wie Wissenschaftler sich verhalten müssen. Es geht

um Kausalitäten, nicht um die Relativierung von Verbrechen. Ungeachtet dessen muss als ethisch verbindlicher Grundsatz gelten: Kriegsverbrechen bleiben Kriegsverbrechen, gleich, wer sie begeht. Und sie bleiben es auch dann, wenn sie in Reaktion auf andere Kriegsverbrechen begangen werden. Die Regierung Netanjahu für Untaten zu kritisieren, hat nichts mit Israelhass und Antisemitismus zu tun. Im Gegenteil, wer solidarisch mit der demokratischen Zivilgesellschaft Israels sein will, kommt gar nicht umhin, der rechtsextremen Regierung des Landes den Spiegel vorzuhalten. Eine solche Kritik zu äußern, muss an Universitäten erlaubt sein, die zurecht alle Spielarten von – auch linkem – Antisemitismus entschieden bekämpfen. Mit zweierlei Maß zu messen, würde hingegen bedeuteten, vor der Unvernunft zu kapitulieren.

## **VI. Zum Schluss: Fabelhafte Rebellen**

Damit komme ich zum Schluss. Ich weiß, dass ich über vieles, was für das Thema eigentlich unentbehrlich ist, nicht gesprochen habe: Die Digitalisierung, den Nord-Süd-Konflikt, den Sozialismus, die marxistische Theorie und vieles andere mehr. Einiges davon habe ich in die „Utopie des Sozialismus“<sup>85</sup> behandelt. Ich kann und will das hier nicht wiederholen. Ich erlaube mir aber, zum Ende noch einen Wunsch zu äußern und stelle mich zwecks dessen als professoraler Zwerg auf die Schultern jenes intellektuellen Titanen, der dieser Universität den Namen gibt. Seine Antrittsvorlesung schließt Friedrich Schiller mit den Worten:

„Ein edles Verlangen muß in uns entglühen, zu dem reichen Vermächtniß von Wahrheit, Sittlichkeit und Freyheit, das wir von der Vorwelt überkamen und reich vermehrt an die Folgewelt wieder abgeben müssen, auch aus unsern Mitteln einen Beytrag zu legen, und an dieser unvergänglichen Kette, die durch alle Menschengeschlechter sich windet, unser fliehendes Daseyn zu befestigen. Wie verschieden auch die Bestimmung sey, die in der bürgerlichen Gesellschaft Sie erwartet – etwas dazu steuern können Sie alle!“<sup>86</sup>

Das sind Sätze, die so klingen, als seien sie für die Gegenwart, für uns geschrieben. Stellen wir uns darauf ein: Der Rechtsruck führt dazu, dass in den Institutionen, auch in den Universitäten, ein stiller Anpassungsdruck entstehen wird oder bereits entstanden ist. Dagegen gilt es, wissenschaftliche Vernunft, Erkenntnis und, ja, die Freiheit der Wissenschaft zu verteidigen. Deshalb benötigen wir mehr denn je „fabelhafte Rebellen“ – nicht nur in Jena, sondern überall auf der Welt. Dabei ist unerheblich, wie viele Krüge Bier die Betroffenen leeren, und sie sollten auch nicht die Last des Strebens nach Berühmtheit tragen müssen. Wichtig wäre aber, nicht in der universitären Blase zu verharren, sondern jenen zu einer Stimme verhelfen, die in der Öffentlichkeit selten gesehen und gehört werden – zum Beispiel Antonia, die queere Vertrauensfrau, die ebenfalls bei Opel in Eisenach arbeitet und in ihrer Persönlichkeit so ziemlich alles verkörpert, was eine Linke des 21. Jahrhunderts ausmachen könnte. Antonia ist eine erfolgreiche Kämpferin gegen die AfD. Ihr Vorgehen beschreibt sie in folgenden Worten:

„Das sind viele, die halt aus Protest AfD wählen. Da mache ich immer meinen Lieblingsspruch: ‚Hm (fragend), du wählst AfD‘, ‚Ja‘, ‚So, wie findest denn du mich? Findest du mich scheiße? Findest du mich gut oder so?‘, ‚Ja, ich finde dich gut. Ich mag dich‘, ‚Na ja, da finde ich es aber scheiße, dass du AfD wählst‘, ‚Warum?‘, ‚Na ja, ich bin lesbisch, ich lebe mit einer Frau in einer Beziehung. Was möchte die AfD? Die ist gegen Homosexuelle. Die möchte, dass die Frau wieder am Herd steht und am besten zehn Kinder kriegt und ein eisernes Mutterkreuz hat. Also bist du gegen mich. Also magst du mich doch nicht so. Also findest du mich überhaupt nicht cool! Und da denken die Leute dann auch mal drüber nach, gell? Also ein paar habe ich da schon überzeugen können, dass die halt dann Die Partei gewählt (lacht) haben.“ (Opel-Arbeiterin)

Antonia liefert den Beweis, dass die erfolgversprechendste Auseinandersetzung mit rechtslastigen Beschäftigten gegenwärtig auf der Ebene persönlicher Beziehungen stattfindet. Nicht Zahlen,

Daten, Fakten, sondern soziale Nähe und Freundschaft werden Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung mit politischen Folgen. Vornehme Aufgabe einer öffentlichen Soziologie, wie sie Michael Burawoy paradigmatisch eingeführt hat<sup>87</sup>, muss es sein, Arbeiterinnen und Arbeitern, wie sie von Antonia verkörpert werden, zu einer öffentlichen Stimme zu verhelfen. Im Unterschied zur klassischen kritischen Soziologie, die Reflexion innerhalb des Fachs leistet, sucht öffentliche Soziologie gezielt den Austausch mit außerwissenschaftlichen Akteuren. Ihr Ziel ist es, öffentliche Debatten über Fragen von allgemeinem Interesse zu initiieren. Eine organische öffentliche Soziologie steht beispielsweise in engem Austausch mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Diesen Ansatz hat eine Autorengruppe um den ehemaligen Direktor des Society, Work and Politics Institute (SWOP), Karl von Holdt, später unter dem Label *critical engagement* erweitert und konkretisiert.<sup>88</sup> Demnach müssen Soziologinnen und Soziologen den Elfenbeinturm rein akademischer Tätigkeiten verlassen und ihre wissenschaftlichen Instrumente für Kooperation mit jenen gesellschaftlichen Akteuren nutzen, die sich den Erhalt der planetaren Überlebensbedingungen zum Ziel gesetzt haben. Für Sozialwissenschaften, die diesen Weg beschreiten, ist die Frage „What’s left?“ ein Forschungsgegenstand – als Suche nach geeigneten politischen Philosophien im Werden, als Vielfalt an Strategien emanzipatorisch-sozialistischer Handlungsfähigkeit, aber auch als Beobachtung erster Keime nachhaltiger Gesellschaften, die inmitten kapitalistischer Verwüstung entstehen.

Damit komme ich zu einer abschließenden Bemerkung. Wie der Revolutionär Schiller sollten, so mein Wunsch, Lehrende wie Studierende sagen können, dass man nirgends so viel Freiheit genießt wie in Jena (und, wie ich nun feststelle, wohl auch in Kassel!). Die Voraussetzungen dafür sind großartig, denn gleich ein ganzer Sonderforschungsbereich, den Silke van Dyk, Tilman Reiz und Hartmut Rosa verantworten, wirft die zentrale Frage nach dem Strukturwandel des Eigentums auf. Das Feld ist also wissenschaftlich bereitet, eine symbolische Geste könnte jedoch akzentuieren, was sofort als Widerständigkeit gegen die extreme Rechte gedeutet würde. An der Universität, an der er promovierte, hat ein gewisser Karl Marx seit der Wende nur noch einen Platz in der Asservatenkammer. Diese Variante von *cancel culture* ließe sich rasch beenden. Es wäre gar nicht nötig, die alte, ästhetisch ohnehin keineswegs beeindruckende Marx-Büste wieder aufzustellen. Ein neues Denkmal zu schaffen, vielleicht abstrakt und ohne „Nischel“, wäre ein publikumswirksamer Schritt. Also „Free Karl!“, statt Zerstörung wissenschaftlicher Vernunft. Wäre es nicht ein schönes Einstiegsprojekt für den neuen Unipräsidenten Marx, seinem Namensvetter diese Ehre zu erweisen?

Gleich, ob das passiert oder nicht. Ich werde die Vorgänge an der FSU nun mehr und von außen betrachten. Bleibt mir zum Abschied, Danke zu sagen. Mein Dank gilt der Universität, der Fakultät und dem Institut für Soziologie – dafür, dass ich in großer Freiheit lehren und forschen durfte. Er gilt meiner Forschungsgruppe, die es – das bleibt ein Stachel im Fleisch – verdient gehabt hätte, in institutionalisierter Form fortzubestehen. Und er gilt meinem zum Zeitpunkt der Abschiedsrede 93jährigen und nun mittlerweile leider verstorbenen Vater Willy und seiner Gefährtin Kristel, die nur im Netz zuschauen konnten. Der Dank gilt meiner Schwester Susanne und anderen Familienmitgliedern, die, ebenso wie mein ältester Freund Gerd Blömeke-Rumpf und seine Frau Birgit, unter den Anwesen sind. Und er gilt besonders den Personen – meiner „Innenministerin“ Rebecca Sequeira, meiner Frau Angela und meinem Sohn Nelson, gerne mit Freundin Ida-Lia –, Menschen, ohne die ich heute nicht in der alten Aula der FSU stehen würde. Sie alle verdienen größten Applaus, denn sie haben mich ausgehalten!

Das war's, was ich zu sagen mir vorgenommen hatte. Ich danke für Ihre Geduld! Der Professor verabschiedet sich in den Ruhestand. Bleibt er halbwegs gesund, wird Klaus Dörre sich auch ohne die Last des Amtes gelegentlich zu Worte melden. Bis dahin: Vielen Dank!

## Endnoten

- <sup>1</sup> Beim vorliegenden Text handelt es sich um die ausgearbeitete Fassung meiner Abschiedsrede, die ich am 27. Juni 2024 in der alten Aula der Friedrich-Schiller-Universität gehalten habe. Zitate aus der verwendeten Präsentation habe ich, soweit sinnvoll, in den Text eingefügt oder in den Text dokumentiert. An einigen Stellen habe ich den Text an aktuelle Entwicklungen angepasst. Den Vortrag können Sie im deutschen Original unter <https://www.youtube.com/watch?v=psLKojTdYa4&feature=youtu.be> abrufen; die englische Fassung finden Sie unter <https://www.youtube.com/watch?v=TQBWVlth68s>.
- <sup>2</sup> Infratest dimap (2025), Bundestagswahl. Wahlverhalten nach Bevölkerungsgruppen. <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/wahlverhalten-bevoelkerungsgruppen-umfragen-bundestagswahl-2025-100.html>,
- <sup>3</sup> Anton ist ein Kunstname. Zu den Forschungen, die diesen O-Ton eingefangen haben siehe: Dörre, Klaus/Liebig, Steffen/Lucht, Kim/Sittel, Johanna (2024): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. Berliner Journal für Soziologie 1 (24), S. 9-46 <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00514-z>. Englisch: Class versus Climate. Journal of Contemporary Central and Eastern Europe 2 (32), S. 371-404. <https://doi.org/10.1080/25739638.2024.2367900>. Sowie: Dörre, Klaus et al. (Hrsg.) (2025): Umkämpfte Transformation. Frankfurt am Main/New York.
- <sup>4</sup> Bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen ist die AfD mit Abstand zur stärksten „Arbeiterpartei“ geworden. In Thüringen kam sie auf 49 Prozent der Arbeiterstimmen, in Brandenburg auf 46 Prozent und in Sachsen auf 45 Prozent. Quelle: Infratest dimap. Vgl. Dörre, Klaus (2024): [Die verlorene Ehre der Arbeiter. Wie Populisten die Problemrohstoffe der Gesellschaft ausnutzen. bpb. Bundeszentrale für politische Bildung vom 20. November 2024.](#)
- <sup>5</sup> Vgl.: Quent, Matthias/Virchow, Fabian (Hg.): Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme. München.
- <sup>6</sup> Bobbio, Norberto (1993): Die Linke und ihre Zweifel. Eine Bestandsaufnahme. In: ders. What's Left. Prognosen zur Linken. Berlin, S. 9-24, hier S. 9.
- <sup>7</sup> Aulenbacher, Brigitte/Burawoy, Michael/Dörre, Klaus/Sittel, Johanna (Hrsg.) (2017): Öffentliche Soziologie – Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York.
- <sup>8</sup> Boltanski, Luc (2010): Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008. Berlin, S. 12.
- <sup>9</sup> „Eine kritische Theorie bedarf notwendig einer deskriptiven Soziologie oder Anthropologie als Stütze. Zugleich muß sie sich aber auch, um Kritik sein zu können, jene Mittel vorgeben [...], mit denen sie ein Werturteil über die deskriptiv erfasste soziale Ordnung abzugeben vermag“ in: ebd., S. 26.
- <sup>10</sup> Ebd., S. 28.
- <sup>11</sup> Soziologie beginnt „bei dem Zweifel, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich von Natur aus so ergeben haben“. Abels, Heinz (2009): Wirklichkeit: Über Wissen und andere Definitionen der Wirklichkeit, über uns und Andere, Fremde und Vorurteile. Wiesbaden, S. 19.
- <sup>12</sup> Frankenberg, Günter/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2024): Drivers of Authoritarianism. Paths and Developments at the Beginning of the 21st Century. Glos/Northampton.
- <sup>13</sup> Solty, Ingar (2015): Links/rechts. In Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus 8/II. Berlin, S. 1153-1167, hier S. 1153.
- <sup>14</sup> Wulf, Andrea (2022): Fabelhafte Rebellen. München, S. 31.
- <sup>15</sup> Therborn, Göran (2022): The World and the Left. New Left Review 137, S. 23-72.
- <sup>16</sup> Habermas, Jürgen (2024): „Es muss etwas besser werden...“. Gespräch mit Stefan Müller-Dohm und Roman Yos. Berlin, S. 144 f.
- <sup>17</sup> Als ich meine Professur in Jena antrat, erklärte mir ein Mitglied der damaligen Universitätsleitung sehr freundlich, aber bestimmt: „Wenn Sie sich mit der PDS oder der Luxemburg-Stiftung einlassen, sind sie tot!“ Gemeint war der soziale, nicht der physische Tod. Dass der damalige Vorsitzende der RLS, Bodo Ramelow, eines Tages der Ministerpräsident Thüringens sein würde, war damals unvorstellbar. Es gehört zu den überraschenden Wendungen politischer Zyklen, dass dergleichen geschehen kann.

- <sup>18</sup> Dazu grundlegend: Deppe, Frank (1999): Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge. Hamburg, S. 32-42. Deppe spricht von „Widerspruchs- und Konfliktkonstellationen“; ebd.: S. 36. Konfliktkonstellationen von längerer Dauer wären eine begriffliche Alternative, die das Mechanische von „Zyklen“ vermeidet.
- <sup>19</sup> Kondratjew, Nikolai D. (1926): Die langen Wellen der Konjunktur. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Band 56, S. 573–609.
- <sup>20</sup> Schumpeter, Joseph (2006). Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Berlin.
- <sup>21</sup> Mandel, Ernest (1983): Die langen Wellen im Kapitalismus. Frankfurt am Main, S. 50.
- <sup>22</sup> Ebd.
- <sup>23</sup> Ebd., S. 48 f.
- <sup>24</sup> Ebd., S. 71.
- <sup>25</sup> Jessop, Bob (2022): The Future of the Capitalist State. Cambridge; ders. (2018): Elective affinity or comprehensiv contradiction? Reflections on capitalism and democracy in the time of finance-dominated accumulation and austerity states. Berliner Journal für Soziologie 28, S. 9–37.
- <sup>26</sup> Hirsch, Joachim (2001): Weshalb Periodisierung? In: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg: VSA, S. 41–47, hier S. 43.
- <sup>27</sup> Bobbio, Norberto (2014[1994]): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin, S. 12.
- <sup>28</sup> Weil der wissenschaftlich-technische Fortschritt im gesellschaftlichen Maßstab legitimations- und begründungspflichtig werde, weil Laien beständig Expertenwissen infrage stellten, verändere sich das politische Koordinatensystem. Überkommene Links-Rechts-Unterscheidungen würden brüchig. Während sich eine neue Rechte die Entfesselung der Marktkräfte und einen beschleunigten technischen Fortschritt auf ihre Fahnen schreibe, adaptiere eine ökologisch aufgeklärte Linke das konservative Bewahrungsmotiv und wendet es auf eine immer schon bearbeitete, vergesellschaftete Natur an. Vgl. Beck, Ulrich (1996): Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am Main, S. 65.
- <sup>29</sup> Ulrich Brand und Meinhard Miegel symbolisieren die punchline, an der sich Nassehi abarbeitet. Vgl.: Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. Hamburg.
- <sup>30</sup> Ebd., S. 100.
- <sup>31</sup> Dass auch Nassehi der Links-Rechts-Unterscheidung nicht entkommt, bestätigt ein Rezensent im Gestus unfreiwilliger Komik: „Der Autor [Nassehi, KD] vertritt eine dezidiert linke Sichtweise, ohne dabei Reflexe zu bedienen oder auf marxistische Theorien aus der Mottenkiste zurückzugreifen.“ Lobe, Adrian (2015): Links reden, rechts leben. In: Süddeutsche Zeitung vom 13. April 2015. <https://www.sueddeutsche.de/politik/soziologie-links-reden-rechts-leben-1.2432607>.
- <sup>32</sup> Bobbio, Norberto (2014[1994]): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin, S. 14 f.
- <sup>33</sup> Vgl. z. B.: Horneber, Jakob/Barth, Alice (2021): Die Bedeutung der Begriffe „Links“ und „Rechts“ in verschiedenen sozialstrukturellen Kontexten. Beitrag zur Veranstaltung ‚Quer zu links und rechts? Die neue Unübersichtlichkeit politischer Konfliktlinien‘ der Sektion Politische Soziologie. In: Blättel-Mink, Birgit (Hrsg.): Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020. [https://publikationen.sociologie.de/index.php/kongressband\\_2020/article/view/1367](https://publikationen.sociologie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1367).
- <sup>34</sup> Ringger, Beat/Cédric Wermuth (2020): Die Service Public Revolution. Corona, Klima, Kapitalismus – eine Antwort auf die Krisen unserer Zeit. Zürich, S. 62.
- <sup>35</sup> Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. Hamburg, S. 328.
- <sup>36</sup> Ebd., S. 329.
- <sup>37</sup> „Le Grand Replacement“, ein von Renaud Camus geprägter Begriff, gehörte damals längst zum Begriffsarsenal der Neuen Rechten. Kubitschek und ihm Gleichgesinnte setzten bereits alles

- darán, dieses Gedankengut in Deutschland zu popularisieren. Im Verlag Antaios erschien: Camus, Renaud (2019[2016]): Revolte gegen den großen Austausch. In einem Nachwort von Martin Sellner, bis 2023 Sprecher der identitären Bewegung, heißt es: „Das rechte Lager ist mit einer Vielfalt von Problemen und Themen beschäftigt. [...] Der große, entscheidende Prozeß [...] gerät dabei oft aus dem Blickfeld. Islamisierung, islamische Terroranschläge, Überfremdung und Migrantenkriminalität sind allesamt Teilaspekte eines größeren Geschehens, das für unser Volk und für ganz Europa die unüberbietbare Katastrophe darstellt. Es ist das Wegschrumpfen seiner demographischen Substanz und unsere Ersetzung durch fremde Einwanderströme.“ in: Sellner, Martin (2016[2019]): Der Große Austausch in Deutschland und Österreich. Steigra, S. 192-224, hier S. 196.
- <sup>38</sup> Bobbio, Norberto (2014[1994]): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin, S. 72.
- <sup>39</sup> Ebd., S. 82.
- <sup>40</sup> Ebd.
- <sup>41</sup> Bobbio, Norberto (1993): Die Linke und ihre Zweifel. Eine Bestandsaufnahme. In: ders. What's Left. Prognosen zur Linken. Berlin.
- <sup>42</sup> Ebd.
- <sup>43</sup> Dahrendorf, Ralf (1993): Wege in die Irrelevanz. In: Bobbio, Norberto (1993): What's Left? Prognosen zur Linken. Berlin., S. 91-97, hier S. 91.
- <sup>44</sup> Schirmacher, Frank (2011): „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. August 2011. <https://www.faz.net/-ggz-6m1ki>.
- <sup>45</sup> Fuster, Thomas (2019): Die neue Lust am Sozialismus. In: Neue Züricher Zeitung vom 19. Juli 2019. <https://www.nzz.ch/meinung/die-neue-lust-am-sozialismus-ld.1496769?reduced=true>.
- <sup>46</sup> Buchsteiner, Jochen (2017): Taugt Labour als radikales Vorbild? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. September 2017. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kommentar-taugt-labour-als-radikales-vorbild-15224758.html?service=printPreview>.
- <sup>47</sup> Young, Tobi (2018): Of course the young like socialism – they're taught to. In: The Spectator vom 29. September 2018. <https://www.spectator.co.uk/article/of-course-the-young-like-socialism-they-re-taught-to/>.
- <sup>48</sup> Sein Nachfolger Keir Starmer, der mit Labour einen Rekordwahlsieg eingefahren hat, zählt zum moderat linken Flügel seiner Partei.
- <sup>49</sup> Sanders, Bernie (2023): Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein. Stuttgart.
- <sup>50</sup> Giddens, Anthony (1998): The Third Way. The Renewal of Social Democracy. Cambridge.
- <sup>51</sup> Hank, Rainer (2023): Ist der Traum der Linken ausgeträumt? Die politische Linke sucht ihre Zukunft. Dafür braucht sie neue Ideen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. November 2023.
- <sup>52</sup> Göpfert, Claus-Jürgen (2024): Wir müssen Arbeit und Klasse wieder zum Thema machen. Interview mit Klaus Dörre. In: Frankfurter Rundschau vom 25. Juni 2024, S. 1, 12-13.
- <sup>53</sup> Die Umfrage aus dem Frühjahr 2022 (n = 1.109 ausgewertete Fälle) haben Jasmin Bobka und Anna Mehlis im Frühjahr 2022 federführend realisiert. Vgl. dazu: Dörre, Klaus/Butting, Oskar/Fülöp, Nora/ Mehlis, Anna (2024): In der Hitzefalle: Klimaungerechtigkeit und die Vision eines ökologischen Sozialstaats. Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 63(1-2), S. 63-81.
- <sup>54</sup> Fromm, Erich (1983 [1929]): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Frankfurt am Main, S. 249.
- <sup>55</sup> Walter, Franz (1995): Von der roten zur braunen Hochburg: Wahlanalytische Überlegungen zur NSDAP in den beiden thüringischen Industrielandschaften. In: Heiden, Detlev/Mai, Gunter (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen. Weimar, S. 143-164.
- <sup>56</sup> Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin.

- <sup>57</sup> Die Gaußsche Normalverteilung entspricht dem zentralen Grenzwertsatz, der besagt, dass unter bestimmten Voraussetzungen jede beliebige Verteilung asymptotisch zu einer Normalverteilung wird.
- <sup>58</sup> Siehe zum Begriff: Heitmeyer, Wilhelm (2025): Autoritärer Nationalradikalismus als Systembedrohung. In: ...
- <sup>59</sup> Décieux, Fabienne/Deindl, Raphael/Grubner, Johanna (2024): Kritik der Kritik – oder: Warum Kapitalismus- und Klassenanalyse notwendig intersektional sein muss. In: Atzmüller, Roland et al. (Hrsg.): Gesellschaft in Transformation: Sorge, Kämpfe und Kapitalismus. Weinheim, S. 114-125.
- <sup>60</sup> Dörre, Klaus (2015): Social Capitalism and Crisis: From the Internal to the External Landnahme. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hrsg.): Sociology – Capitalism – Critique. London/New York, S. 247-277.
- <sup>61</sup> Schimank, Uwe (2012): Kapitalistische Gesellschaft, eine differenzierungstheoretische Perspektive. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Konzepte soziologischer Kritik. Frankfurt am Main/New York, S. 172-186.
- <sup>62</sup> Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Berlin, S. 192-256.
- <sup>63</sup> Polanyi, Karl (1995[1944]): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main, S. 107.
- <sup>64</sup> „Die angebliche Ware ‚Arbeitskraft‘ kann nicht herumgeschoben, unterschiedslos eingesetzt oder auch nur ungenutzt gelassen werden, ohne damit den einzelnen, den Träger dieser spezifischen Ware, zu beeinträchtigen. Das System, das über die Arbeitskraft eines Menschen verfügt, würde gleichzeitig über die physische, psychologische und moralische Ganzheit ‚Mensch‘ verfügen, der mit dem Etikett ‚Arbeitskraft‘ versehen ist. Menschen, die man auf diese Weise des Schutzmantels der kulturspezifischen Institutionen beraubte, würden an den Folgen gesellschaftlichen Ausgegrenztseins zugrunde gehen.“ In: ebd., S. 108.
- <sup>65</sup> Therborn, Göran (2022): The World and the Left. New Left Review 137, S. 23-72.
- <sup>66</sup> Zur Debatte vgl. die Festschrift zum Werk Brigitte Aulenbachers. Siehe Fn. 57.
- <sup>67</sup> Anders, Günther (1956): Die Antiquiertheit des Menschen 1. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. München, S. 320.
- <sup>68</sup> Ebd.
- <sup>69</sup> Ebd., S. 321.
- <sup>70</sup> Ebd., S. 317
- <sup>71</sup> Lenton Timothy M./Xu, Chi/Abrams, Jesse F./Ghadiali, Ashish/Loriani, Sina/Sakschewski, Boris/Zimm, Caroline/Ebi, Kristie L./Dunn, Robert R./Svenning, Jens-Christian/Scheffer, Marten (2023): Quantifying the human cost of global warming. Nature Sustainability 6, S. 1237-1247. <https://doi.org/10.1038/s41893-023-01132-6>.
- <sup>72</sup> Bilal, Adrien/Känzig, Diego R. (2024): The Macroeconomic Impact of Climate Change: Global vs. Local Temperature. National Bureau of Economic Research Working Paper 32450, S. 5. <http://www.nber.org/papers/w32450>.
- <sup>73</sup> Ebd., S. 46. Laut Autoren fiel das weltweite Pro-Kopf-BIP schon heute um 37 Prozent höher aus, wenn zwischen 1960 und 2019 keine Erwärmung stattgefunden hätte.
- <sup>74</sup> Chancel, Lucas (2022). Global carbon inequality over 1990-2019. Nature Sustainability 5 (11), S. 931 – 938.
- <sup>75</sup> In Gramscis Gefängnisheften heißt es: „Wenn die herrschende Klasse den Konsens verloren hat, das heißt nicht mehr ‚führend‘, sondern einzig ‚herrschend‘ ist, Inhaberin der reinen Zwangsgewalt, bedeutet das gerade, daß die großen Massen sich von den traditionellen Ideologien entfernt haben, nicht mehr an das glauben, woran sie zuvor glaubten etc. Die Krise besteht gerade in der Tatsache, daß das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: In diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen [...]“. Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte. Band 1. Hamburg, S. 354f.
- <sup>76</sup> Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. Hamburg, S. 100.

- <sup>77</sup> Luxemburg, Rosa (1979 [1925]): Zur russischen Revolution. In: ders.: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin, S. 332–365, hier S. 355 f.
- <sup>78</sup> Boltanski, Luc (2010): Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008. Berlin, S. 34.
- <sup>79</sup> Anders, Günther (1982): Hiroshima ist überall. München.
- <sup>80</sup> Ebd., S. 383.
- <sup>81</sup> Ebd., S. 369.
- <sup>82</sup> Polanyi (1995 [1944]): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main, S. 343.
- <sup>83</sup> Urban, Hans-Jürgen (2019): Vorlauf zu einem HKWM-Artikel ‚Mosaik-Linke‘. DAS ARGUMENT 331/2019, S. 19-32.
- <sup>84</sup> Bündnis Sarah Wagenknecht (2024): Neustart für Thüringen. Damit sich was ändert – für ein lebenswertes Thüringen. <https://bsw-th.de/programm/>.
- <sup>85</sup> Dörre, Klaus (2021), Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin.
- <sup>86</sup> Schiller, Friedrich (2006 [1789]): Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Ditzingen bei Stuttgart.
- <sup>87</sup> Burawoy, Michael (2021): Public Sociology. Cambridge.
- <sup>88</sup> Bezuidenhout, Andries/Mnwana, Sonwabile/von Holdt, Karl (Hrsg.) (2022): Critical engagement with public sociology. A perspective from the global south. Bristol.